

Aufschwung: 1950 bis 1966

Einleitung

Nach der schwierigen Zeit von 1945 bis 1949 ging es nun aufwärts. Gestützt durch den Marshallplan für Europa und den Wirtschaftsboom im Zuge des Krieges zwischen den USA und Korea, wuchs die Produktion in den Betrieben ständig. Die Situation für die Menschen und die Beschäftigten verbesserte sich deutlich.

Die IG Metall war in dieser Zeit auch tarifpolitisch erfolgreich. Löhne und Gehälter stiegen kontinuierlich und lagen über der Preissteigerungsrate, so dass sich auch die Reallöhne erhöhten. Die Arbeitszeit wurde verkürzt – bei vollem Lohnausgleich. In einem Stufenplan wurde die 40 Stunden Woche vereinbart, die 1967 in Kraft trat. Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall wurde 1956 in Schleswig-Holstein in einem 16-wöchigen Arbeitskampf erstritten.

Die Arbeitslosigkeit nahm kontinuierlich ab. Waren 1950 in Hannover noch 9,2% der Erwerbspersonen arbeitslos gemeldet, sank diese Zahl im Jahr 1960 auf unter 1%. 1966 lag die Arbeitslosenquote in Hannover bei gerade einmal 0,4%, heute kaum vorstellbar. Diese Situation wird häufig als »Wirtschaftswunder« bezeichnet und dem damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard zugeschrieben, was bei näherer Betrachtung allerdings eine falsche Darstellung ist (siehe hierzu S. XXX).

Bundesweit gab es in dieser Zeit heftige Kämpfe um die Mitbestimmung. In der Stahlindustrie und im Bergbau konnte die paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat durchgesetzt werden. Gegen das unzureichende Betriebsverfassungsgesetz demonstrierten bundesweit über eine Million Gewerkschaftsmitglieder. Große gesellschaftspolitische Konflikte gab es wegen der Wiederaufrüstung der Bundeswehr, der Wiedereinführung der Wehrpflicht und der Stationierung von Atomwaffen. In Hannover demonstrierten am 11. Juni 1958 über 40.000 Menschen gegen Krieg und Atombewaffnung.

Die Entwicklung der IG Metall Hannover erlebte eine Phase des Aufschwungs und der Stabilität. Von 1953 bis 1973 war Heinrich (»Heini«) Menius der Erste Bevollmächtigte – 20 Jahre lang! Die Mitgliederzahlen in der IG Metall Hannover verdoppelten sich von 1950 bis 1970! Mitverantwortlich war der Neubau des Volkswagenwerkes in Stöcken im Jahr 1956, in dem die »Bullis« gebaut werden. Durch systematische Mitgliederwerbung konnte der Organisationsgrad bei VW kontinuierlich erhöht werden, von 1956 mit 20% auf 59% im Jahr 1966. VW wurde schnell zum größten Betrieb der Verwaltungsstelle Hannover und ist dies mit großem Abstand bis heute.

Das Ende der Aufschwungsphase wird durch die erste Wirtschaftskrise 1966 markiert, die als »Rezession« bezeichnet wurde. Bundeskanzler Ludwig Erhard musste zurücktreten. Erstmals trat die SPD in eine Bundesregierung ein: die erste große Koalition von CDU und SPD. Bundeskanzler wurde Kurt Georg Kiesinger (CDU), Vize-Kanzler Willy Brandt (SPD).

Jahr	Politik	IG Metall in Bund und Land Gewerkschaften und DGB	IG Metall Hannover
1950		Urabstimmung zur paritätischen Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie	Arbeitslosigkeit: 9,2% IG Metall Mitglieder: 24.365 Seit 1948: 1. Bevollmächtigter Alfred Dannenberg 2. Bevollmächtigter: Heini Menius
1951	Gesetz zur paritätischen Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie	Streik Metallindustrie Hessen 1. Jugendkonferenz der IG Metall	Streik im KFZ-Handwerk Bezirkliches Jugendtreffen in Hannover mit 6.000 Teilnehmenden
1952	Bundesweite Demos gegen das Betriebsverfassungsgesetz mit 1,5 Millionen Teilnehmenden	Otto Brenner und Hans Brümmer gleichberechtigte Vorsitzende der IG Metall	1. Mai Demo mit 30.000 Teilnehmenden. Schwerpunkt: Gegen Betriebsverfassungsgesetz
1953	17.Juni: Streiks in der DDR. Bundestagswahl. Adenauer (CDU) bleibt Bundeskanzler	Bau des DGB-Gewerkschaftshauses am Klagesmarkt	Heinrich Menius: 1. Bevollmächtigter Albert Lemke: 2. Bevollmächtigter
1954	Proteste gegen die Wiederbewaffnung	Streik Metallindustrie Bayern	3. Gewerkschaftstag der IG Metall in Hannover
1955	BRD wird Mitglied der NATO. Beginn der Arbeitsmigration aus Italien, Spanien usw.	Aktionsprogramm des DGB	Albert Kallweit: 2. Bevollmächtigter
1956	Einführung der Wehrpflicht Verbot der KPD	Streik um die Lohnfortzahlung bei Krankheit in Schleswig-Holstein Otto Brenner: 1. Vorsitzender Einführung der 45 Stunden Woche 1. Frauen- u. Angestelltenkonferenz	Beginn der Produktion im Volkswagenwerk in Hannover-Stöcken 1. Jugendrevue der IG Metall im Theater am Aegi
1957	Aktion »Kampf dem Atomtod« BRD wird Mitglied der EWG, einem Vorläufer der EU	Großkundgebung in Wolfsburg gegen die Privatisierung von Volkswagen	Ansiedlung der Firma Teves in Barsinghausen
1958			10.6.: Demo gegen Krieg und Atombewaffnung mit 40.000 Teilnehmenden
1959	Godesberger Programm der SPD Beginn des »Kohlesterbens«	Arbeitszeitverkürzung auf 44 Stunden pro Woche	Protestaktion bei Volkswagen wegen Lohnstreitigkeiten
1960	Privatisierung von Volkswagen Erste Ostermarsch gegen Atomrüstung		Beginn der Anwerbung von ausländischen Beschäftigten
1961	Bau der Berliner Mauer Niedersachsen: Ministerpräsident Georg Diederichs (SPD)		
1962	Beginn der Debatte über die geplanten Notstandsgesetze, auch in den folgenden Jahren.	DGB-Bundeskongress: Konflikt um zukünftige gesellschaftspolitische Ausrichtung des DGB IG Metall: Neues Referat für ausländische Beschäftigte	Volkswagen Stöcken: 1 Million »Bullis«
1963	Neuer Bundeskanzler: Ludwig Erhard (CDU) Auschwitz-Prozess	Streik und Aussperrung in Baden-Württemberg	Auf Initiative der IGM-Angestellten: Gründung des DGB-Berufsbildungswerkes
1964	Erste Proteste gegen den Krieg der USA in Vietnam	Arbeitszeitverkürzung auf 41,25 Stunden pro Woche Mehr Urlaubstage. Neue Schlichtungsordnung	Jürgen Peters wird Vorsitzender des Ortsjugendausschusses; Hasso Düvel sein Stellvertreter
1965		Erstmals Urlaubsgeld: 30 % eines Monatsverdienstes	Das neue IG Metall Haus in der Josefstraße. 3 wird bezogen (heute Otto Brenner Straße)
1966	Wirtschaftskrise (»Rezession«) Große Koalition von CDU u. SPD. Bundeskanzler: K. G. Kiesinger Vize-Kanzler: Willy Brandt		Arbeitslosigkeit: 0,4% (!!!) Mitglieder: 42.991

Lebenssituation der Menschen

In der Zeit von 1945 bis 1949 war die Lebenssituation der Menschen geprägt durch eine schlechte Ernährungslage, teilweise Hunger, eine schlechte Wohnsituation, einen niedrigen Lebensstandard ohne Konsumgüter, die heute üblich sind. Dies änderte sich in der Zeit von 1950 bis 1966 gravierend. Aufgrund der ständig besser werdenden Wirtschaftslage, der abnehmenden Arbeitslosigkeit und der wachsenden Mitgliederzahl konnte die IG Metall in dieser Zeit jedes Jahr Lohn- und Gehaltserhöhungen durchsetzen, die oberhalb der Preissteigerungsrate lagen. Auch Durchschnittsverdiener in der Metallindustrie hatten sich Mitte der 1960er Jahre einen »bescheidenen Wohlstand« erarbeitet. Viele Zeitzeugen berichten, dass ihre Familien sich in dieser Zeit erstmals ein Telefon, eine Waschmaschine, einen Fernseher und teilweise sogar einen VW-Käfer leisten konnten. In vielen Mietwohnungen wurden ab Mitte der 1960er Jahre die Kohleöfen durch eine Zentralheizung ersetzt. Langsam wurden Telefonapparate mit Wählscheiben und schwarz-weiß Röhren-Fernsehgeräte Standard. Für Auto-Fans waren der VW-Käfer und der VW-Bulli die Symbole dieser Zeit.

Wohlstand – längst nicht für Alle

Häufig wird die Zeit von 1950 bis 1970 als »deutsches Wirtschaftswunder« verklärt und es wird von der »Fresswelle« und der »Konsumwelle« gesprochen. Der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard versprach »Wohlstand für Alle«. Vom versprochenen Wohlstand waren allerdings viele Beschäftigte und Familien, die weiterhin in mehr als bescheidenen Verhältnissen lebten, noch weit entfernt. So berichtet Lothar Dohm, der spätere Betriebsratsvorsitzende von Wabco Werk 2, dass seine Eltern und er als einzige Einnahmequelle eine bescheidene Kriegsversehrten-Rente hatten, da sein Vater im Zweiten Weltkrieg so schwer verwundet worden war, dass er nicht mehr arbeiten konnte. Er schildert seine Situation wie folgt: »Mein Taschengeld habe ich mir mit Aushilfsarbeiten bei einer Nachbarin, die bei Bahlsen arbeitete, verdient. Manchmal bekam ich von ihr auch Bahlsen Bruchkekse. Mir hat es an nichts gefehlt. Das Motto war: Zuerst der Sohn dann die Eltern. Ich bekam allerdings alles später als andere. Andere bekamen ein Moped und ich bekam ein Fahrrad. Fernsehen und Telefon haben wir erst Ende der 1960er Jahre bekommen. Eine Waschmaschine gab es erst Anfang der 1970er Jahre. Vorher hat meine Mutter die ganze Wäsche der Familie mit der Hand gewaschen.«¹

Edith Grosspietsch, damals Jugendvertreterin bei Hanomag und später Bildungsreferentin im IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel wuchs in bescheidenen Verhältnissen in Wunstorf in einer damals durchaus typischen Nachkriegsfamilie auf: Mutter, Vater, elf Jahre ältere Halbschwester, es gab noch einen zehn Jahre älteren Halbbruder, der bei seiner Mutter lebte, aber oft bei ihnen war, sowie Oma und Onkel. Edith: »Die heutigen »Patchwork-Familien« sind für mich daher nichts Neues. Telefon, Fernseher, Waschmaschine und Auto, sowas gab es bei uns nicht. Bis zum Umzug nach Hannover 1963 gab es außerhalb des Hauses ein Plumpsklo. Geheizt wurde mit Kohleöfen. Da wir in der Wohnung noch nicht mal

¹ Zeitzeugengespräch mit Lothar Dohm

einen Warmwasseranschluss hatten, musste meine Mutter die gesamte Wäsche in einem Holzgefeuerten Waschkessel um die Häusercke herum in einer der sogenannten Gemeinschafts-Waschküche waschen. Ich hatte bis zu meinem Auszug kein eigenes Zimmer. Ich schlief auf der Couch im Wohnzimmer.«²

Sport und Songs

In der privaten Lebensführung spielten mehr und mehr »die schönen Dinge des Lebens« eine Rolle. Dass Deutschland 1954 in Bern Fußball-Weltmeister wurde, wissen auch heute noch Alle, aber dass 1954 Hannover 96 Deutscher Meister im Fußball wurde, wissen die nur Wenigsten. Die 96er schlugen im Endspiel im Hamburger Volksparkstadion den 1. FC Kaiserslautern mit 5:1. Dies ist umso bemerkenswerter, da bei Kaiserslautern mehrere Spieler des Weltmeister-Teams unter Vertrag waren, wie z.B. der legendäre Fritz Walter. Im Jahr 1966 stritten die Fußballfans über das »Tor von Wembley«: Die deutsche Nationalmannschaft verlor das Finale der Weltmeisterschaft gegen England durch ein umstrittenes drittes Tor, das Spiel endete letztlich 4:2.

Die Leichtathletik-Fans wissen, dass 1960 der Saarländer Armin Hary erstmals die 100 Meter Sprintstrecke in 10,0 Sekunden lief und bei den olympischen Spielen 1960 in Rom die Goldmedaille gewann. Nur wenige Fans wissen, dass in der siegreichen 4-mal-100-Meter-Lauf-Staffel Walter Mahlendorf von Hannover 96 mitlief. Die Hannoveranerin Jutta Heine gewann in Rom im 200-Meter-Lauf die Silbermedaille.

Im Fernsehen waren die ersten Serien zu sehen. Aus den USA Fury, Lassie und Bonanza und aus Deutschland die »Familie Schölermann« und die »Familie Hesselbach«. Highlight für alle Sportfans, die schon einen Fernseher hatten, war der Start der »Sportschau« im Jahr 1961. In der Schlagerwelt sang 1954 Lony Kellner »So ein Tag so wunderschön wie heute«, Udo Jürgens schwärmte 1965 von »17 Jahr – blondes Haar«, während Drafi Deutscher im selben Jahr mit dem Ohrwurm »Marmor, Stein und Eisen bricht« erfolgreich war. Schon in den 1950er Jahren waren Songs aus den USA zu hören, etwa der »Jail House Rock« von Elvis Presley. Ab Mitte der 1960er Jahre wurde die Musikszene dann von englischen Songs dominiert. So feierten die Beatles etwa 1963 den Song »She loves you« mit dem Refrain »Yeah, Yeah, Yeah« Erfolge und zwei Jahre später sangen Mick Jagger und die Rolling Stones »I can't get no Satisfaction«. Politische und kritische Songs kamen von der Amerikanerin Joan Baez (»We shall overcome«) und in Deutschland von Franz-Josef Degenhardt. Er nahm 1965 mit dem Song »Spiel nicht mit den Schmuttelkindern« die spießige deutsche Alltagskultur aufs Korn.

Frauenrechte und Diskriminierung

Auch wenn im Grundgesetz die Gleichberechtigung von Mann und Frau geregelt war, blieb es bei zahlreichen Diskriminierungen von Frauen. Neben der Lohndiskriminierung wurden Frauen weiterhin auf zahlreichen gesellschaftlichen Ebenen benachteiligt. So durften bis 1958 Ehefrauen keinen Arbeitsvertrag ohne Zustimmung des Ehemanns abschließen, keinen Führerschein machen und kein Konto eröffnen. Ein Arbeitsvertrag konnte vom Ehemann ohne Zustimmung der Ehefrau gekündigt werden. Diese Diskriminierungen wurden erst 1958 durch das »Gleichberechtigungsgesetz« geändert. Danach ist die Ehefrau berechtigt,

² Zeitzeugengespräch mit Edith Grosspietsch

erwerbstätig zu sein, aber nur »soweit dies mit ihren Pflichten in Ehe und Familie vereinbar ist.« Diese Bestimmung wurde erst 1977 geändert. Es fällt auf, dass derartige Diskriminierungen in der Frauenarbeit der IG Metall nicht nachhaltig thematisiert wurden.

Leben in Hannover

In der Zeit von 1950 bis 1966 wurde die Stadt Hannover nach den Zerstörungen des Weltkrieges völlig neu aufgebaut, die Bauplanung wurde allgemein als Vorzeigeprojekt einer verkehrsgerechten Stadt dargestellt. Während die Leistung des Stadtbaurates Hillebrecht in keiner Chronik der Stadt Hannover fehlt, gibt es kaum Würdigungen über die Leistungen der Bauarbeiter im Hoch- und Tiefbau, die in diesen Jahren Hannover wiederaufgebaut haben. Genauso wenig werden die Handwerker erwähnt, die für Heizungs-, Sanitär- und Elektroanlagen in den neuen Häusern sorgten. Viele Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter waren am Wiederaufbau der Stadt aktiv beteiligt.

Hannover wurde immer lebenswerter: Maschsee und Eilenriede als beliebte Freizeitbereiche in der Innenstadt, einmal im Jahr das größte Schützenfest der Welt und viele Plastiken und Kunstobjekte und so manches Stadtteilfest mit Bratwurst von Ahrberg und Lindener, Gilde oder Herrenhäuser Bier.

Die Stadt entwickelte sich zur deutschen Hochburg des Jazz: Nicht nur der Jazzclub am Lindener Berg und viele Jazz Kneipen, sondern auch die im »Studio Maschsee« produzierten, legendären Radiosendungen eines gewissen Dr. Jazz festigten diesen Ruf. Dahinter steckte Dietrich Schulz-Köhn, der viele Jazz-Größen wie Louis Armstrong und Duke Ellington nach Hannover holte.

Eine Besonderheit des Lebens in Hannover in dieser Zeit hängt mit der »Hannover Messe« zusammen. Regelmäßig im Frühjahr kamen bis zu 500.000 Besucher zur Messe und blieben mehrere Tage in Hannover, viele davon aus dem Ausland. Da die Hotelkapazitäten nicht ausreichten, fanden die Hannoveranerinnen und Hannoveraner eine pfiffige Lösung, die ihnen einen ordentlichen Zuverdienst einbrachte: Sie räumten für die Zeit der Messe ein oder zwei Zimmer ihrer Wohnung und vermieteten sie an Messegäste – ein Vorläufer von Airbnb. In dieser Zeit zogen sie zu Verwandten, in den Keller oder in ihre Kleingartenlaube. Es war eine Art Volkssport und ein beliebtes Gesprächsthema. Da sich häufig die Frauen um die Messegäste kümmerten, machte ein Begriff die Runde, der heute diskriminierend klingt, aber damals in aller Munde war: »Messe-Muttis«. Diese Form von Zusatzeinkommen wurde bis weit in die 1980er Jahre hinein praktiziert und ist auch heute noch vereinzelt zu finden.

Politische Situation

Die Zeit von 1949 bis 1966 wurde von CDU-geführten Bundesregierungen dominiert. Konrad Adenauer war über 14 Jahre Bundeskanzler und wurde 1963 durch den damaligen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard abgelöst. Die SPD erzielte Wahlergebnisse von knapp unter 40%, kam aber nie in die Nähe einer politischen Mehrheit. 1966 wurde die erste große Koalition vereinbart, in der erstmals die SPD in einer Bundesregierung mitwirkte.

Die CDU und ihr Bundeskanzler Adenauer setzte in dieser Zeit auf ein Bündnis der Bundesrepublik mit den westlichen Staaten, insbesondere mit den USA. Es war die Zeit des »kalten Krieges« zwischen West und Ost. Ein strikter Kurs gegen die Sowjetunion, die DDR und im Allgemeinen gegen den Kommunismus waren eines der Leitbilder der CDU unter Adenauer. Diese Orientierung wurde nach dem Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953 in Ost-Berlin und dem Bau der Berliner Mauer am 13. August 1961 weiter zugespitzt. Viele politische Entwicklungen dieser Zeit sind durch diese Frontstellung von Ost und West zu erklären. Die Bundesregierung setzte auf Wiederbewaffnung, die Einführung der Wehrpflicht und eine Mitgliedschaft in der NATO. Innerhalb der Bundesregierung gab es auch Pläne zur Bewaffnung dieser Bundeswehr mit Atomwaffen. Von diesem Kurs ließ sie sich auch nicht durch heftige Proteste der Gewerkschaften, der SPD, der KPD und vieler Pazifisten, Wissenschaftler und Christen abbringen. 1957 war Deutschland eines der sechs Gründungsmitglieder der »Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)«, einem Vorläufer der Europäischen Union (EU).

Wirtschaftspolitisch bekämpften die CDU-geführten Regierungen jegliche Bestrebungen für eine sozialistische Wirtschaftsordnung oder Wirtschaftsdemokratie und setzten glasklar auf eine kapitalistische Marktwirtschaft. Die großen Konzerne und zahlreiche mittelständische Unternehmen unterstützten, auch finanziell, die CDU. Diese Entwicklung wurde mit einem geschickt gewählten Begriff kaschiert: Man sprach von der Einführung einer »sozialen Marktwirtschaft«. Er sollte den Unterschied zu einem amerikanisch geprägten Kapitalismus deutlich machen. Es war ausdrücklich als Gegenmodell zu den weitergehenden wirtschaftspolitischen Konzepten der Gewerkschaften gedacht, die beispielsweise eine Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und die Demokratisierung der Wirtschaft forderten. Im Konzept der »sozialen Marktwirtschaft« kommen Betriebsräte, Gewerkschaften und Mitbestimmung gar nicht vor. Dennoch prägte dieser Begriff lange Zeit – und teilweise bis heute – die gesellschaftspolitischen Debatten.

Die Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs wird häufig als »deutsches Wirtschaftswunder« bezeichnet und dem »Vater der sozialen Marktwirtschaft«, Ludwig Erhard, zugeschrieben. Viele Menschen glaubten dieser Ideologie. Die Journalistin Ulrike Hermann hat Ludwig Ehrhardts Mythos eines angeblichen »Wirtschaftswunders« entzaubert: Es war vielmehr Folge der Wirtschaftsförderung durch den sogenannten Marshallplan der USA und des Wirtschaftsbooms in Folge des Koreakrieges der USA in den Jahren 1950 bis 1953.³

1951: Rechtsextreme im Niedersächsischen Landtag

Bei der Landtagswahl im Mai 1951 gab es eine gefährliche Entwicklung. Eine Partei, die sich offen zum Nationalsozialismus bekannte, erzielte 11% der Stimmen und zog mit 16 Abgeordneten in den Niedersächsischen Landtag ein. Es handelte sich um die »Sozialistische Reichspartei (SRP)«, die 1949 von Ex-Nazis gegründet worden war. Es war alarmierend, dass über 366.000 Menschen eine offen nationalsozialistische Partei wählten; in Hannover waren es 8.000 Stimmen. Es ist schon erstaunlich, dass in der Berichterstattung der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) dieser Wahlerfolg der SRP überhaupt nicht als alarmierend gesehen wird. Im Gegenteil: Die HAZ wundert sich über die heftigen Reaktionen im Ausland.⁴ Die Mitgliederzeitung der IG Metall sah dagegen in der Titelgeschichte des Mai-Heftes eine

³ Hermann, Ulrike (2019): Deutschland, ein Wirtschaftsmärchen – Warum es kein Wunder ist, dass wir reich geworden sind, Frankfurt a.M.

⁴ Hannoversche Allgemeine Zeitung, 8. Mai 1951

»Gefahr für die Demokratie«. Weiter heißt es dort: »Wir glauben, dass der Wahlausgang in Niedersachsen für alle demokratischen Kräfte in Deutschland, und im Besonderen für die deutsche Gewerkschaftsbewegung Anlass sein sollte zu einer ersten Überprüfung der innenpolitischen Situation«.⁵ Die IG Metall forderte das Verbot der SRP und all ihrer Gliederungen, was dann 1952 durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts auch geschah.

Auch in den Folgejahren mussten die IG Metall und die anderen Gewerkschaften mehrfach gegen rechte Parteien aktiv werden. Im Mai 1966 beschloss die IG Metall genauso wie die anderen DGB-Gewerkschaften, dass eine Mitgliedschaft in der NPD mit einer Mitgliedschaft in der IG Metall unvereinbar ist. In Niedersachsen protestierte die IG Metall zusammen mit anderen Demokraten, als 1967 die NPD und 2017 die AfD in den niedersächsischen Landtag einzogen.

Die IG Metall hatte zumindest in einem Betrieb mit einem erheblichen Einfluss der SRP zu tun. Auf dem Hanomag Gelände gab es einen Betrieb der britischen Militäradministration namens Heavy Workshop REME. Bei der Betriebsratswahl wurden sieben Mitglieder und ein Betriebsratsvorsitzender der rechtsextremen Partei gewählt. Dazu heißt es im Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung: »Wir haben in dieser Fabrik zwei Betriebsversammlungen durchgeführt. Diese Versammlungen waren vergleichbar mit politischen Wahlversammlungen aus der Zeit 1932/1933. Die in diesem Betrieb im Verlauf der Entnazifizierung aufgenommenen ehemaligen Nazis (Gerichtsräte und dergleichen Leute) haben sich jetzt konsolidiert und sind zum ersten Male ganz deutlich als organisierte Gruppe in Erscheinung getreten. Der Einfluss dieser Leute scheint bis in die deutsche Geschäftsführung hinauf zu reichen, die ihrerseits gegenüber den Engländern alles tut, den SRP-Leuten den günstigsten Boden zu bereiten«⁶. Sowohl die IG Metall als auch die (vermutlich englische) Geschäftsleitung lehnte eine Zusammenarbeit mit dem SRP-Betriebsratsvorsitzenden ab. Durch eine Intervention der IG Metall Verwaltungsstelle kam es zu einer Bereinigung der verworrenen Lage im Betriebsrat. Der SRP-dominierte Betriebsrat trat schließlich zurück und es kam zu einer Veränderung im Betriebsrat.⁷ Ende 1952 wurde der Betrieb REME geschlossen und 2.500 Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz.

Ab 1963 Auschwitz-Prozesse

Die Nazi-Verbrechen wurden in der Bundesrepublik konsequent verdrängt; kaum jemand kannte damals beispielsweise den Namen »Auschwitz«. Gegen heftige Widerstände klagte der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer 1963 im erste Auschwitzprozess in Frankfurt a.M. Aufseher aus dem Konzentrationslager an. Über Hundert ehemalige Häftlinge sagten als Zeuge vor dem Gericht aus. 17 Angeklagte wurden zu mehrjährigen Zuchthausstrafen verurteilt. Bis 1968 folgten zwei weitere Prozesse. Der Schriftsteller Peter Weiss nahm die Prozesse zur Grundlage für sein Theaterstück »Die Ermittlung«, das 1965 zeitgleich in 15 Theatern in West- und Ostdeutschland aufgeführt wurde. Nach den Auschwitz-Prozessen begann in der bundesdeutschen Gesellschaft schrittweise die Diskussion über die Naziverbrechen.

⁵ Metall – Zeitung der IG Metall für die BRD, 15.Mai 1951 (Heft 10), S.1 und 2

⁶ IG Metall Verwaltungsstelle Hannover, Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung, April 1951

⁷ IG Metall Verwaltungsstelle Hannover, Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung, Juni 1951

SPD und KPD

Die SPD verstand sich bis 1959 als Partei der arbeitenden Menschen, strebte eine demokratische und sozialistische Gesellschaft an und war strikt gegen eine Wiederbewaffnung Deutschlands. Angesichts der Wahlergebnisse von unter 40% vollzog die SPD 1959 eine dramatische Wende ihrer politischen Ausrichtung. Auf dem Parteitag in Bad Godesberg wurde ein neues Parteiprogramm verabschiedet – das Godesberger Programm. Darin änderte die SPD ihr Selbstverständnis als »Arbeiterpartei« hin zu einer »Volkspartei«, die neben den abhängigen Beschäftigten auch andere Bevölkerungsgruppen ansprach. Die Forderungen nach einem demokratischen Sozialismus wurden in den Hintergrund gedrängt. Am 30. Juni 1960 bekannte sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner dann in einer dramatischen Rede im Bundestag zur Westintegration und NATO-Mitgliedschaft der Bundesregierung und schwenkte damit auf die Politik Adenauer ein.

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) war seit 1949 im Bundestag mit wenigen Abgeordneten vertreten. Ihr Einfluss nahm aber schrittweise ab. Vor dem Hintergrund des »kalten Krieges« beantragte die Bundesregierung schon 1951 ein Verbot der Partei. 1956 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass die KPD verfassungswidrige Ziele verfolge und sprach ein Verbot aus. Kommunisten, auch kommunistische Gewerkschafter, konnten danach nur als Einzelpersonen bei Wahlen kandidieren. Etliche von ihnen wurden wegen ihrer politischen Betätigung verurteilt und kamen ins Gefängnis. Der Rechtswissenschaftler Alexander von Brünneck weist nach: In der Zeit von 1950 bis 1966 wurden 6.578 Personen rechtskräftig verurteilt.⁸ Aus Hannoveraner Metallbetrieben sind drei Beispiele bekannt: Walter Strauch, Willi Orczykowski und sein Bruder Bruno Orczykowski.

Walter Strauch arbeitete bei der Firma Wohlenberg in Hannover in der Abteilung Instandhaltung.⁹ Er war Vertrauensmann und Mitglied im Betriebsrat. Politisch war er in der KPD organisiert. Sein Sohn war Bernd Strauch, der später für die SPD viele Jahre Bürgermeister der Stadt Hannover war. Auch nach dem Verbot der KPD im Jahr 1956 hatte Walter Strauch in Hildesheim an einer KPD-Zeitung mit dem Namen »Heute« mitgearbeitet. Die Redaktion wurde vom Verfassungsschutz entdeckt. Strauch wurde verhaftet, verurteilt und war mehrere Monate im Gefängnis. Nach seiner Haft stellte die Fa. Wohlenberg ihn nur unter der Bedingung wieder rein, dass er sich im Betrieb nicht politisch und gewerkschaftlich betätigte.

Willi Orczykowski¹⁰

* 31. Mai 1930 in Sarstedt, † 13. Juni 2020 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender Fa. Berstorff, heute KraussMaffei Extrusion GmbH

Willi Orczykowski begann 1945 im Alter von 15 Jahren bei der Firma Voss in Sarstedt eine Lehre als Werkzeugmacher. Am 1. Juni 1945 wurde er dort in die »Allgemeine Gewerkschaft, Wirtschaftsgruppe Metall« aufgenommen und etwas später in die Jugendvertretung gewählt. Im Oktober 1947 beendete er erfolgreich seine Lehre und arbeitete dann noch zwei

⁸ Brünneck, Alexander von (1978): Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968, Frankfurt a.M., S. 276

⁹ Zeitzeugengespräch mit Hasso Düvel

¹⁰ Schriftliche Beantwortung von Fragen für ein Zeitzeugengespräch durch Willi Orczykowski, März 2020

Jahre im Werkzeugbau der Fa. Voss. Der Stundenlohn für »Anfänger« lag bei 76 Reichspfennigen. Da ihm der Lohn zu niedrig war, wechselte er 1949 in eine kleinere Werkzeugbaufirma in Rethen, weil er dort 1,10 Reichs-Mark pro Stunde erhielt. Als die Firma in Konkurs ging, fand er mit Unterstützung des Ersten Bevollmächtigten der IG Metall, Heini Menius, Arbeit bei der Firma Bode Panzer.

Willi berichtet über seine politische Tätigkeit: »Ab 1951 wurde ich Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und ihrer Jugendorganisation ›Freie Deutsche Jugend (FDJ)«. Obwohl die FDJ 1951 verboten wurde, habe ich mich weiterhin dort politisch betätigt. Am 18. März wurde ich wegen ›Geheimbündelei« verhaftet und in das Hildesheimer Gefängnis gebracht. Nach drei Monaten musste man mich wieder entlassen, da man mir nichts nachweisen konnte. Allerdings hat mich die Firma Bode Panzer entlassen. Mit Hilfe der IG Metall fand ich Arbeit bei der Fa. VAW-Leichtmetall.«

Willi schildert weiter: »Am 17. August 1956 wurde die KPD verboten. Am 18. Oktober 1956 wurde ich wegen Aktivitäten in der verbotenen KPD von der politischen Sonderkammer des Landgerichtes Lüneburg zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt.« Ankläger war der Staatsanwalt Karl-Heinz Ottersbach, der als ehemaliger Militärstaatsanwalt in Kattowitz an 150 Todesurteilen mitgewirkt hatte. Vorsitzender Richter war Konrad Lenski, der am Militärgericht in Saarbrücken zahlreiche Todesurteile gegen Wehrdienstverweigerer, Deserteuren und Zwangsarbeiter gefällt hatte. Nach der Verurteilung kam Willi Orzykowski in das ehemalige KZ Groß-Hesepe im Emsland, wo die Strafgefangenen zum Torfstechen eingeteilt wurden.

Nach seiner Haftzeit fand Willi 1958 – wieder mit Unterstützung von Heini Menius – Arbeit bei der Fa. Berstorff, heute KraussMaffei Extrusion GmbH. Er wurde bald zum Vertrauensmann der IG Metall und als Betriebsratsmitglied und 1968 zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. In den folgenden Jahren gab es mehrmals einen Wechsel in der Position des Betriebsratsvorsitzenden. Willi arbeitete eng mit Karl Heinz Hesse zusammen; Karl Heinz Hesse wurde gedrängt, als Betriebsratsvorsitzender zu kandidieren, lehnt jedoch ab. Dazu Karl-Heinz über Willi: »Ich habe für Willi zweimal verzichtet, Betriebsratsvorsitzender zu werden. Ich habe gesagt: Ich weiß genau, was hier los ist. Die Geschäftsführung will Willi entlassen, weil er DKP-Mitglied war. Aber das kommt nicht in Frage. Deshalb habe ich verzichtet und mich erneut für Willi als Vorsitzenden ausgesprochen. Erst 1990 wurde ich dann Betriebsratsvorsitzender.«

1991 kandidierte Willi Orzykowski nicht mehr zum Betriebsrat, arbeitete aber noch bis zu seinem Ausstieg im Jahr 1993 als Sicherheitsfachkraft bei Berstorff. Anschließend war er viele Jahre im Seniorenausschuss der IG Metall Hannover aktiv.

Bruno Orzykowski¹¹

* 28. September 1923 in Norkitten (nahe Königsberg, dem heutigen Kaliningrad); † 12. Februar 2013 in Gehrden

Betriebsratsvorsitzender der VAW-Leichtmetall in Hannover

¹¹ Archiv des niedersächsischen Landtages, diverse schriftliche Quellen und Zeitzeugengespräche

Bruno Orczykowski wurde 1923 in Ostpreußen geboren und fand in der Nachkriegszeit Arbeit im Hannoveraner Betrieb VAW-Leichtmetall. Politisch war er zunächst in der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) organisiert. Nach dem KPD-Verbot im Jahre 1956 arbeitete er für die kommunistische Tageszeitung »Die Wahrheit« weiter und wurde deshalb zu einer 18-monatigen Haftstrafe verurteilt, die er in der JAV Wolfenbüttel absaß. 1964 trat er zur SPD über.

Von 1957 wurde er bei VAW als Vertrauensmann der IG Metall gewählt und wurde 1959 Betriebsratsvorsitzender und Gesamtbetriebsratsvorsitzender der VAW-Leichtmetall. Gleichzeitig war er Mitglied des Aufsichtsrates der Muttergesellschaft VIAG. Im Jahr 1974 wurde er als Betriebsratsvorsitzender abgewählt, weil er das Vertrauen in der Belegschaft verloren hatte. Hintergrund war einerseits die Schließung des Walzwerkes mit 800 Beschäftigten und seine Initiative im Aufsichtsrat, die VAW-Leichtmetall mit einem holländischen Aluminiumhersteller zu fusionieren. Sein Nachfolger wurde Hans Kuck. Nach seiner Abwahl bekam Bruno Orczykowski einen Arbeitsvertrag als Repräsentant der VAW-Leichtmetall im Außendienst. Im Betrieb trat er aber nicht mehr in Erscheinung.

Im Jahr 1970 kandidierte Bruno Orczykowski bei der SPD als Landtagskandidat im Wahlkreis Linden-Ricklingen. Er setzte sich bei der SPD-internen Kandidatenauswahl gegen den damaligen Innenminister und früheren DGB-Vorsitzenden, Richard Lehnert, durch. Er stand auf dem linken Flügel der SPD, wie viele im damaligen Linden. Bruno wurde 1970 Mitglied des niedersächsischen Landtages, was er bis 1978 blieb. Im Vorfeld der Landtagswahl 1974 startete »Bild am Sonntag« eine Schmutzkampagne gegen Orczykowski wegen angeblicher Nähe zur DKP und zur Stasi der DDR. Dennoch wurde er 1974 mit 61,5% erneut als Direktkandidat in den niedersächsischen Landtag gewählt. 1978 trat er zur Landtagswahl nicht mehr an.

Situation in den Betrieben

Die Situation in den hannoverschen Metallbetrieben war durch die Aufschwungphase geprägt. Viele Jahre lag die Arbeitslosenquote unterhalb von einem Prozent. In dieser Zeit brauchte sich kein Beschäftigter um seinen Arbeitsplatz Sorgen zu machen. Da es einen hohen Fachkräftemangel gab, waren zahlreiche Unternehmen bereit, mehr als den Tariflohn zu bezahlen und warben gezielt Arbeitskräfte in anderen Betrieben ab. Viele berichten, dass sie mehrmals von sich aus den Betrieb wechselten, bevor sie längere Zeit in einem Betrieb blieben. Wolfgang Duda, der spätere Betriebsrat bei Hanomag und Gewerkschaftssekretär, arbeitete nach der Ausbildung in einem Handwerksbetrieb für 1,58 DM die Stunde: »Ich habe alle paar Monate in dem Betrieb gekündigt und habe dann jedes Mal ein paar Pfennige mehr Stundenlohn bekommen, bis ich schließlich 2,33 DM pro Stunde bekam. 1960 habe ich aber endgültig gekündigt und habe bei der Hanomag in Hannover angefangen. Dort bekam ich einen Stundenlohn von 3,33 DM – das war der Facharbeiterlohn in der Industrie. Das war natürlich ein gewaltiger Sprung nach oben.«¹²

Gerade in den gewerkschaftlich gut organisierten Betrieben konnten die Betriebsräte für die Belegschaften zahlreiche positive Regelungen durchsetzen: eine betriebliche

¹² Zeitzeugengespräch mit Wolfgang Duda

Altersversorgung, gute Umkleide- und Waschräume, akzeptable Kantinen und vieles mehr. Harte betriebliche Konflikte, Protestaktionen oder Warnstreiks waren in dieser Zeit die Ausnahme. Da es ständig aufwärts ging, war es nicht leicht, Beschäftigte für die IG Metall zu werben. Viele hatten die Illusion, der Aufschwung ginge ständig so weiter und konnten sich überhaupt nicht vorstellen, dass es wieder Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit geben würde.

Die große Mehrheit der Betriebsratsmitglieder in den Metallbetrieben war Mitglied der IG Metall. Bei den Betriebsratswahlen 1963 errang sie 641 von 780 Mandaten. Da im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 geregelt war, dass der Betriebsrat für alle Beschäftigten zuständig und auch dem »Wohle des Betriebes« verpflichtet sei und die betriebliche Rolle von Gewerkschaften stark abgeschwächt wurde, entschloss sich die IG Metall 1954 gewerkschaftliche Vertrauensleute wählen zu lassen und in den Betrieben Vertrauensleutestrukturen aufzubauen. Hintergrund waren wohl auch die Schwierigkeiten im »Bayern Streik« von 1954, bei dem deutlich wurde, dass die IG Metall nicht in allen Betrieben ausreichend verankert war. 1960 wurden in der Verwaltungsstelle Hannover 728 Vertrauensleute gewählt, zu denen weitere 89 von der IG Metall eingesetzte Vertrauensleute kamen.¹³

Während die IG Metall in anderen Bundesländern zum Teil harte Arbeitskämpfe führen musste, war dies in Hannover und in Niedersachsen nicht der Fall. Es gelang meistens, die in anderen Tarifgebieten erzielten Erfolge in Verhandlungen zu übertragen. Warnstreiks im Rahmen von Tarifrunden waren damals nicht üblich. Im Nachhinein betrachtet kann festgestellt werden, dass die IG Metall und die Betriebsräte viel für die Beschäftigten aber nicht gemeinsam mit ihnen durchgesetzt haben. Der Grundgedanke, alle Gewerkschaftsmitglieder stärker bei betrieblichen und tariflichen Konflikten zu beteiligen, kam erst Anfang der 1980er Jahre auf.

Kampf um Mitbestimmung

Zahlreiche Großkonzerne und Unternehmer hatten schon vor 1933 die Nazis aktiv und finanziell unterstützt. Nicht nur, aber auch vor diesem Hintergrund forderten die Gewerkschaften nach 1945 die Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, damit waren damals überwiegend Bergwerke und Stahlbetriebe gemeint. Darüber hinaus wurde eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft gefordert, mit weitreichenden Mitbestimmungsrechten der Gewerkschaften und der Betriebsräte. Diese Mitbestimmungsrechte sollten sich auch auf die grundsätzlichen Themen der Unternehmenspolitik beziehen, wie z.B. die Investitions- und Produktplanung, die Eröffnung und Schließung von Standorten. Gewählte Repräsentanten der Belegschaften sollten im Aufsichtsrat und im Vorstand vertreten sein.

Im Jahr 1950 rückten diese Forderungen für die Bereiche »Eisen, Kohle, Stahl« in den Mittelpunkt. Diese Branchen wurden damals »Montanindustrie« genannt; abgeleitet von Montes = der Berg. Zu ihnen gehörten die größten und mächtigsten Konzerne, z.B. Krupp, Thyssen, Mannesmann und Hoesch. Hier hatte die britische Militärregierung schon 1947 den

¹³ IG Metall Bezirksleitung Hannover, Jahresbericht 1959/1960, S. 39

Gewerkschaften und Betriebsräten weitgehende Mitbestimmungsrechte eingeräumt, so z.B. eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte von Vertretern der Kapitaleseite und der Gewerkschaften und Betriebsräte. Diese Regelungen wollten die Gewerkschaften im Jahr 1950 gesetzlich verankern. Die CDU-geführte Adenauer Regierung war aber zunächst nur bereit, den Gewerkschaften im Aufsichtsrat ein Drittel der Mandate zu überlassen.

Im November 1950 führte die IG Metall dazu eine Urabstimmung über einen Streik durch, der dann mit einer Mehrheit von 96% beschlossen wurde. Dies hatte Erfolg. Im Mai 1951 trat das Montanmitbestimmungsgesetz in Kraft.¹⁴ Das Gesetz sah eine paritätische Besetzung der Aufsichtsräte (5:5) vor, wozu eine neutrale, zusätzliche 11. Person kam, auf die sich beide Seiten einigen mussten. Im Vorstand war ein Posten als Arbeitsdirektor vorgesehen, für den die Gewerkschaften ein Vorschlagsrecht hatten.

Die Gewerkschaften forderten die Ausweitung dieser Regelungen auf die gesamte Wirtschaft. Dies lehnt die Bundesregierung aber ab und legte den Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz vor, das weit hinter den gewerkschaftlichen Forderungen zurückblieb. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates sollten auf betriebliche Fragen beschränkt bleiben und nicht auf grundsätzliche unternehmenspolitische Entscheidungen, wie Investitionen, Standorte usw. ausgeweitet werden. Gegen diesen Gesetzentwurf mobilisierten die Gewerkschaften. Insgesamt haben sich in den Jahren 1951 bis 1952 ca. 750.000 Gewerkschafter an Protestaktionen beteiligt. In Hannover stand die Kundgebung am 1. Mai 1952 unter dem Motto »Protest gegen den unzureichenden Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz«.

Konnte der Konflikt um die Montanmitbestimmung noch in einem Spitzengespräch zwischen dem DGB-Vorsitzenden Hans Böckler und Bundeskanzler Adenauer gelöst werden, gelang dies beim Betriebsverfassungsgesetz nicht. Die CDU-geführte Regierung »trickste« die Gewerkschaftsvertreter aus. Im Juli 1952 wurde das Betriebsverfassungsgesetz im Bundestag gegen die Stimmen von SPD und KPD beschlossen. Der damalige Vorsitzende des DGB, Christian Fette, wurde auf dem folgenden DGB-Bundeskongress wohl auch wegen dieser Niederlage abgewählt. Als neuer DGB-Vorsitzender wurde einer der beiden IG Metall Vorsitzenden, Walter Freitag, gewählt. Im IG Metall Vorstand folgt auf Walter Freitag der Hannoveraner Bezirksleiter Otto Brenner.

Kampf gegen die Wiederaufrüstung und gegen Atomwaffen

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges war die Grundstimmung in der Bevölkerung so, dass es nie wieder zu einem Krieg kommen dürfe. Die Nazi-Wehrmacht war von den Alliierten vollständig zerschlagen worden, und jede Rüstungsproduktion war untersagt. Die 1949 gegründete Bundesrepublik war entmilitarisiert. Im Rahmen des »kalten Krieges« zwischen Ost und West änderten die westlichen Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich in dieser Frage ihre politische Strategie. Nun stand die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik innerhalb des westlichen Bündnisses im Mittelpunkt. Es sollte an der Grenze zu den

¹⁴ Siehe Lauschke, Karl (2019): Vom Wiederaufbau zur Wiedervereinigung – Bedingungen der Gewerkschaftsentwicklung in der Bundesrepublik; in: Hofmann, J./Benner, C.; Geschichte der IG Metall, Frankfurt, S. 91/92

kommunistischen Ländern Osteuropas eine Art Bollwerk gegen eine »kommunistische Aggression« aufgebaut werden. Adenauer arbeitete gezielt auf eine Wiederbewaffnung der BRD hin.

Gegen die Remilitarisierung gab es in der Bevölkerung und bei den Gewerkschaften Proteste. Insbesondere der Widerstand gegen die atomare Aufrüstung erfasste weite Teile der Gesellschaft. Am 19. Februar 1955 sprach Otto Brenner auf einer DGB-Kundgebung gegen Wiederaufrüstung auf dem Klagesmarkt.¹⁵ Am 22. Februar 1958 konstituierte sich ein zentraler Aktionsausschuss »Kampf dem Atomtod«. Neben dem DGB-Vorsitzenden Willi Richter und dem DGB beteiligten sich die SPD, die FDP, die Evangelische Kirche Deutschlands (EKD) sowie zahlreiche Prominente aus dem Wissenschafts- und Kulturbetrieb. Am 12. April 1958 veröffentlichten Wissenschaftler einen »Göttinger Appell«, in dem sie sich gegen die Atombewaffnung aussprachen. Erstunterzeichner waren die Atom-Wissenschaftler Otto Hahn und Carl Friedrich von Weizsäcker. Der bekannte Arzt Albert Schweitzer warnte öffentlich: »Atomwaffen sind ein gefährliches Experiment. Darum keine Atomwaffen.«

Die Kundgebungen der Gewerkschaften am 1. Mai 1958 stehen ganz im Zeichen des Kampfes gegen die Atombewaffnung. Vor 200.000 Teilnehmenden fordert der IG Metall Vorsitzende Otto Brenner in Hamburg: »Alle Verantwortlichen in der ganzen Welt müssen endlich Schluss mit der Politik des atomaren Selbstmordes machen.«¹⁶ In zahlreichen Städten kam es zu großen Demonstrationen, so auch am 11. Juni 1958 in Hannover. In sechs Marschsäulen ziehen 50.000 Teilnehmende mit schwarzen Fahnen zum Rathaus zu einer Protestkundgebung. Es war eine der größten Anti-Atomwaffen-Demonstrationen in ganz Deutschland. Neben Politikern der SPD und der FDP spricht sich auf der Kundgebung auch die Schauspielerin Ursula Herking gegen Atomwaffen aus.¹⁷

IG Metall im Bundesgebiet

Im Jahr 1952 wurde der ehemalige Hannoveraner Bevollmächtigter und Bezirksleiter Otto Brenner gleichberechtigter Vorsitzender der IG Metall im Bund – gemeinsam mit Hans Brümmer. Im Jahr 1956 wurde Brenner dann zum Ersten Vorsitzenden der IG Metall gewählt. Er führte die IG Metall bis zu seinem Tod 1972.

Tarifkämpfe und Streiks

In der Zeit zwischen 1950 und 1966 führte die IG Metall in mehreren Bundesländern bzw. Tarifgebieten größere Streiks durch. Dabei ragen vier Streiks in der Metallindustrie heraus:¹⁸

- 1951 in Hessen: Die IG Metall sah sich in Hessen veranlasst, eine Urabstimmung und einen Streik durchzuführen, um den Arbeitgeberverband zu Tarifierhöhungen zu bewegen. Dies war der erste größere Flächenstreik, den die IG Metall führte. Es kam zu massiven, von

¹⁵ Hannoversche Presse 21. Februar 1955

¹⁶ Zitiert nach Kraushaar, W. (1996): Protest Chronik 1957-1959, S. 1870, Frankfurt a.M.

¹⁷ Hannoversche Presse am 12. Juni 1958

¹⁸ Vgl. dazu Ohl, K. (2019): Tarifpolitik als Kernelement autonomer Gestaltungsmacht, S. 242 bis 243; und Kittner, M. (2019): Handlungs- und Konfliktfähigkeit von DMV und IG Metall, S. 176/177; beide in: Hofmann, J./Benner, C. (2019), Geschichte der IG Metall, Frankfurt a.M.

den Unternehmern veranlassten Polizeieinsätzen gegen die Streikenden. Im Ergebnis wurden durchschnittliche Erhöhungen von 6,5 Pfennig pro Stunde vereinbart.

- 1954 in Bayern: Als die Verhandlungen über Tarifierhöhungen scheiterten, führte die IG Metall eine Urabstimmung durch, bei der über 90% zustimmten. Zu Beginn streikten ca. 100.000 Metallarbeiter in ganz Bayern. Im Verlauf des Streiks setzten die Unternehmer, zum Teil unter Polizeischutz, Streikbrecher ein. Zusätzlich versuchten sie durch Briefe an die Familien, die Streikenden einzuschüchtern. Diese Zersetzungsstrategie zeigte Wirkung, die Zahl der Streikbrecher nahm zu und am Ende beteiligten sich nur 55% der ursprünglich Streikenden am Streik. In einem Schlichtungsverfahren wurde ein Kompromiss erzielt: durchschnittliche Erhöhungen um 5 bis 7%. Im Tarifiergebnis war eine unzureichende Maßregelungsklausel vereinbart, so dass die Unternehmer schwarze Listen erstellten und 1.000 Streikenden kündigten. Es war deutlich geworden, dass die IG Metall nicht in allen Streikbetrieben genügend verankert war. Auch diese Erfahrung führte dazu, dass die IG Metall bundesweit systematische Vertrauensleutestrukturen aufbaute.
- 1956 in Schleswig-Holstein: Mit der Forderung nach einer Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von sechs Wochen für Arbeiter wollte die IG Metall die Gleichstellung mit den Angestellten erreichen. Die Unternehmer lehnten die Forderung ab und verneinten für sich, dazu überhaupt ein Verhandlungsmandat zu haben. Nachdem in zwei Urabstimmungen ein Verhandlungsergebnis abgelehnt worden war, wurde nach 16 Wochen Streik ein erneutes Verhandlungsergebnis am 13. Februar 1957 zur Abstimmung gestellt, das knapp angenommen wurde. Im Ergebnis wurden entscheidende Zwischenschritte erreicht: Innerhalb von vier Karenztage 50% Lohnfortzahlung, danach 90%, insgesamt 6 Wochen. Entscheidend war aber, dass auch Arbeiter Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bekamen.
- 1963 in Baden-Württemberg: In diesem Arbeitskampf setzten die Unternehmer erstmals massiv auf das Kampfmittel der Aussperrung. Als es bei den Verhandlungen um Tarifierhöhungen keine Fortschritte gab, setzte die IG Metall eine Urabstimmung an. Hierbei stimmten 87,2% der Mitglieder für Streik. Insgesamt streikten 119.000 Metallarbeiter. Die Unternehmer sperrten daraufhin alle Arbeiter in Betrieben mit mehr als 1.000 Beschäftigten aus – insgesamt 250.000 Beschäftigte. Schließlich wurde ein Kompromiss erzielt. In der zweiten Urabstimmung stimmten 73% für die Annahme des Ergebnisses.

Samstag gehört Vati mir! – Das DGB-Aktionsprogramm von 1955

Insbesondere nach Impulsen von Otto Brenner und der IG Metall verabschiedete der DGB-Bundeskongress 1955 ein Aktionsprogramm:

DGB-Aktionsprogramm von 1955

- Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden bei vollem Lohn- und Gehaltsausgleich
- Freier Samstag! (Fünf-Tage-Woche bei täglicher 8-stündiger Arbeitszeit)
- Hebung des Lebensstandards durch Erhöhung der Löhne und Gehälter
- Gleiche Entlohnung für Männer und Frauen
- Zahlung von Urlaubsgeld und Weihnachtsgeld
- Gleichstellung bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
- Ausbau des Sozialstaates
- Paritätische Mitbestimmung für alle Betriebe und Verwaltungen
- Ausreichendes Angebot von Ausbildungsplätzen

In Verhandlungen mit den metallindustriellen Arbeitgeberverbänden konnte die IG Metall bundesweit Schritte zur 40-Stunden-Woche durchsetzen, die am 1. Januar 1967 in Kraft trat.

Konflikt zwischen IG Metall und KPD: »These 37«

Seit 1945 war es für alle Beteiligten klar, dass in einer Einheitsgewerkschaft Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten und Christdemokraten zusammenarbeiten. Gleichwohl gab es etwa ab 1947 zunehmende Konflikte zwischen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der IG Metall. In diesem Zusammenhang ist z.B. der Wechsel des späteren Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Hannover, Heinrich Menius, von der KPD zur SPD zu sehen, der 1947 aus der KPD austrat.

1951 eskalierte der Konflikt, als der Parteitag der KPD ein Thesenpapier beschloss, in dem in der »These 37« die Gewerkschaften heftig und unsachlich diffamiert wurden: »Im Auftrag und im Interesse des amerikanischen Imperialismus und im Einklang mit den deutschen Monopolisten versuchen die rechten Gewerkschaftsführer, die Gewerkschaftsorganisation in den Dienst der Kriegsvorbereitungen zu stellen.«¹⁹ Daraus ergäbe sich die Notwendigkeit, »Kampfhandlungen auszulösen, auch gegen den Willen rechter Gewerkschaftsführer.«²⁰

Daraufhin versandte der IG Metall Vorstand an alle der KPD angehörigen Verbandsfunktionäre ein Schreiben und forderte sie auf, sich von der These 37 zu distanzieren. Sie wurden aufgefordert, eine vorbereitete Erklärung (ein sogenanntes Revers) zu unterschreiben. Diese Situation brachte kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre in einen Loyalitätskonflikt. Unterschrieben sie die Erklärung der IG Metall, wurden sie aus der KPD ausgeschlossen. Weigerten sie sich, wurden sie aus der IG Metall ausgeschlossen. Alle anderen DGB-Gewerkschaften verhielten sich genauso. Dies bedeutete für Viele nicht nur eine politische, sondern auch persönliche Zerreißprobe. Wenig bekannt ist die Situation des Hannoveraner Kollegen Fritz Maiwald, dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden der späteren Varta. Er wurde 1951 aus der IG Metall ausgeschlossen und erst 1966 wieder aufgenommen.

Fritz Maiwald

*24. August 1916; † 28. August 2007 in Hannover

Betriebsratsvorsitzender der AFA, später VARTA, heute Clarios

Fritz Maiwald wurde schon während seiner Lehre zum Elektriker im damaligen Breslau Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes. In den 1920er Jahren wurde er Mitglied der SAP (Sozialistische Arbeiterpartei). Er arbeitete während der Nazi-Zeit im Widerstand.

1945 beteiligte er sich am Aufbau der Gewerkschaft und wurde 1947 zum Betriebsratsvorsitzenden Akkumulatoren Fabrik (AFA) gewählt. Fritz Maiwald wurde Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Damals wurde der Betrieb kurz »Accu« genannt, später war es die VARTA AG. Er war dort bis 1954 Betriebsratsvorsitzender. Bei der Betriebsratswahl 1951 bekam er 707 Stimmen und der nächste Kollege 524 Stimmen. Neben seinem parteipolitischen Engagement ist das sozialpolitische Wirken als Betriebsratsvorsitzender zu erwähnen. In den zugänglichen Akten gibt es einen

¹⁹ Zitiert nach Fülberth, G. (1990): KPD und DKP – 1945 bis 1990; Heilbronn, S. 50

²⁰ Ebd., S.51

umfangreichen Schriftwechsel mit staatlichen und kommunalen Einrichtungen, wo es um die Verbesserung der Arbeits-, Lebens- und Wohnbedingungen der AFA-Beschäftigten ging.

Aufgrund des Konflikts um die These 37 der KPD und seiner Weigerung ein Revers der IG Metall zur Distanzierung von der These 37 zu unterschreiben, kam er in die »Zwickmühle« zwischen KPD und IG Metall. Am 18. Februar 1952 beschloss die Ortsverwaltung der IG Metall, ein Ausschlussverfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten einzuleiten. Der Ausschlussantrag wurde Ende Juli 1952 vom IG Metall Vorstand gebilligt. Damit verlor Fritz Maiwald seine ehrenamtlichen Mandate in der IG Metall.

Bei der Akkumulatoren Fabrik wurde er, obwohl er Betriebsratsmitglied war, am 17. Oktober 1953 gekündigt und klagte dagegen vor dem Arbeitsgericht. Er gewann im Januar 1954 die Klage und musste wiedereingestellt werden. Er verzichtete allerdings darauf und schied 1954 mit einem Aufhebungsvertrag aus der Firma aus. Es wird berichtet, dass Fritz Maiwald trotz seines Ausschlusses viele Mitglieder für die IG Metall geworben hat, obwohl er in dieser Zeit nicht mehr IG Metall Mitglied war. Es war eine besondere Situation, wenn Maiwald in die IG Metall kam und dort einen Stapel mit Aufnahmescheinen übergab.

Nach dem Verlust seines Arbeitsplatzes wurde er hauptamtlicher Sekretär der KPD in Hannover. Nach dem KPD Verbot im Jahr 1956 arbeitete er wieder in einem Hannoveraner Elektrobetrieb. Dort wurde er Betriebsratsvorsitzender und Vertreter im hannoverschen Gesellenausschuss. Er wurde am 1. Mai 1966 wieder in die IG Metall aufgenommen. Als Rentner arbeitete er im Seniorenausschuss der IG Metall Hannover mit und wurde in die Vertreterversammlung gewählt, der er bis 2004 angehörte.

Seine Einzelkandidatur zur Bundestagswahl 1961 brachte ihm eine Anklage und Verurteilung wegen angeblichen Verstoßes gegen das KPD-Verbot ein. Sieben Monate seiner 12-monatigen Haftstrafe verbrachte er im Gefängnis Oldenburg. In dieser Zeit trat er in die VVN ein (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Anti-Faschisten). Seit dieser Zeit arbeitete er aktiv in der VVN.²¹

Die These 37 wurde 1954 von der KPD »stillschweigend« zurückgezogen. In dieser Zeit wurden von allen DGB-Gewerkschaften 654 Funktionäre ausgeschlossen, allein bei der IG Metall 349.²²

IG Metall in Hannover

Von 1948 bis 1953 wurde die Verwaltungsstelle durch den Ersten Bevollmächtigten Alfred Dannenberg und dem Zweiten Bevollmächtigten Heinrich Menius geleitet. Als Dannenberg 1953 die Funktion des Bezirksleiters des Bezirks Hannover übernahm, wurde »Heini« Menius zum Ersten Bevollmächtigten gewählt und blieb es bis zum Jahr 1973.

Heinrich (»Heini«) Menius

²¹ Festschrift 60 Jahre VVN Niedersachsen, Hannover, 2007

²² Kalbitz, R. (1978): Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren, in: Jacobi, Otto u.a. (Hrsg.), Kritisches Gewerkschaftshandbuch 1977/1978, S. 159 bis 165

*31. Mai 1908 in Hannover; † 18. März 1997 in Hannover

Erster Bevollmächtigter der IG Metall Hannover (1953 bis 1973)²³

Heinrich Menius absolvierte bei der Firma Körting in Hannover eine Lehre zum Werkzeugmacher. 1922 trat er im Alter von 14 Jahren der Vorgängerorganisation der IG Metall bei – dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV). 1923 wurde er ehrenamtlicher Jugendobmann des DMV. 1926 trat er im Alter von 18 Jahren in die SPD ein, wechselte aber 1928 zur KPD. Noch vor dem Machtantritt der Nazis wurde Heinrich Menius und seine Frau Anna festgenommen, weil sie Schriften der KPD verteilt hatten. Es wurde Anklage »wegen Zersetzung der Reichswehr und der Polizei« erhoben. Er wurde zu einer Strafe von zwei Jahren und neun Monaten verurteilt, seine Frau zu einem Jahr und sechs Monaten. Von 1936 bis 1944 hielt er Kontakt zu Gesinnungsfreunden. 1944 wurde er kurz vor Kriegsende Soldat und konnte nach 1945 aus der Kriegsgefangenschaft fliehen.

1945 fand er Arbeit bei der Fa. Graaf in Hannover, wo er bald zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt wurde. Ab 1946 war er Mitglied im Hannoveraner Ortsvorstand der »Allgemeinen Gewerkschaft, Wirtschaftsgruppe Metall«. 1947 trat er aus der KPD aus und wieder in die SPD ein. Im gleichen Jahr wurde er hauptamtlicher Sekretär der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover. Nachdem er zunächst bei einer Kampfabstimmung unterlag, wurde er 1948 Zweiter Bevollmächtigter der IG Metall Hannover. Von 1953 bis 1973 war er Erster Bevollmächtigter. Er war eng mit Otto Brenner befreundet – politisch und privat. Zusammen mit Otto Brenner, Alfred Dannenberg und den Betriebsräten organisierte er 1946 den Streik bei der Fa. Bode-Panzer.

Jürgen Peters, der spätere Erste Vorsitzende der IG Metall erinnert sich: »Die Tatsache, dass er der Jugend genügend Freiraum gegeben hat, zeigt, dass er an seinem Grundverständnis von Gewerkschaftsarbeit über die ganzen Jahre als Bevollmächtigter festgehalten hat. Er hat sich immer auch in der Tradition von Otto Brenner gesehen. Er war über 20 Jahre in seiner Wirkungszeit als Bevollmächtigter unumstritten – er war eine Institution, auch wenn er am Schluss etwas ruhiger wurde.«

Auch Hasso Düvel bestätigt, dass Menius die Jugendarbeit stark gefördert hat: »Menius hat bei den Vertreterversammlungen die politische Orientierung gegeben. Er hat uns Jugendliche genau beobachtet. Er ermutigte uns als Ortsjugendausschuss, auch mit der akademischen Jugend Kontakt aufzunehmen. Er kam auch regelmäßig zu uns, zu den Sitzungen im Jugendraum. Er hat die Jugendarbeit gepusht und gefördert.« 1973 ging Heinrich Menius im Alter von 65 Jahren in den Ruhestand.

In all den Jahren waren etliche ehrenamtliche Kolleginnen und Kollegen in der Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Hannover aktiv. Zur Ortsverwaltung, wie der Ortsvorstand damals hieß, gehörten neben den Bevollmächtigten gewählte Beisitzer aus den Betrieben an. Das Bild auf der Seite XXX zeigt die Ortsverwaltung Hannover im Jahr 1961 sowie die Gewerkschaftssekretäre der Verwaltungsstelle.

²³ Hartmann, Franz (1977): Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Niedersachsen nach dem zweiten Weltkrieg, Göttingen, S. 528/529. IG Metall Hannover (2019): Die ersten Bevollmächtigten der IG Metall Hannover. Zeitzeugengespräche mit Jürgen Peters, Edith Grosspietsch, Hasso Düvel, Heinz Jewski

Der Sitz der IG Metall Hannover befand sich zunächst am Rathenauplatz 3, in der Nähe der Oper. Die Straße heißt heute »An der Börse«. Als 1953 das neue Gewerkschaftshaus am Klagesmarkt fertiggestellt wurde, fand sie in diesem Komplex neue Räume. 1965 zog sie in ein neues Gebäude, unmittelbar neben dem DGB-Gewerkschaftshaus in die Josephstraße 3, die heutige Otto-Brenner-Straße 7. Dann wurde der Sitz in den Postkamp 10 verlegt, auf das Gelände, wo auch heute das IG Metall-Haus und ein Hotel stehen. Während des Neubaus des IG Metall Hauses am Postkamp zog die Verwaltungsstelle vorübergehend in die Hildesheimerstraße 25 um. Ab 2004 ist der Sitz der IG Metall Verwaltungsstelle Hannover gemeinsam mit der Bezirksleitung im IG Metall-Haus am Postkamp 12.

Positive Mitgliederentwicklung

Die Mitgliederzahlen der IG Metall Hannover entwickelten sich kontinuierlich positiv. War die IG Metall ins Jahr 1950 mit 24.365 Mitgliedern gestartet, waren es Ende 1966 schon 42.991 Mitglieder, davon allein 12.795 vom Volkswagenwerk in Stöcken. In dieser Zeitperiode waren das Volkswagenwerk und die Firma Hanomag die mit Abstand größten Metall-Betriebe in Hannover.

Die Zusammensetzung der Mitglieder zeigen beispielhaft die Zahlen aus dem Jahr 1958, in dem die IG Metall zum Jahresende 36.708 Mitglieder hatte. Die damalige Struktur der Mitglieder der IG Metall Hannover unterscheidet sich deutlich von der heutigen. Die stärkste Gruppe waren männliche Arbeiter mit einem Anteil von über 76%. Insgesamt waren 92% der Mitglieder Arbeiter und Arbeiterinnen, lediglich 8% Angestellte. Ähnlich sah die Struktur zwischen den Geschlechtern aus: 92% der Mitglieder waren Männer und 8% Frauen. Der Anteil der Jugendlichen unter 18 Jahren lag knapp über 10%.²⁴

Betriebsräte und Vertrauensleute

Das Rückgrat der gewerkschaftlichen Handlungsfähigkeit ist der Betrieb. Damals fanden die Betriebsratswahlen noch alle zwei Jahre statt. Im Jahr 1957 begann die IG Metall dazu Werbeplakate einzusetzen. Bei allen Betriebsratswahlen in dieser Zeit waren die Listen bzw. Kandidatinnen und Kandidaten der IG Metall sehr erfolgreich. So etwa bei der Betriebsratswahl im Jahr 1961, bei der in 152 Betrieben gewählt wurde – in 118 Industriebetrieben und in 34 Handwerksbetrieben. Von den 937 gewählten Betriebsratsmitgliedern waren 732 Arbeiter und 205 Angestellte. Die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder lag bei 60. 748 Betriebsratsmitglieder waren Mitglied der IG Metall (80%). Bei den Wahlen zu den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten im Jahr 1962 gab es eine deutliche Weiterentwicklung. In 79 Betrieben wurden 1.145 Vertrauensleute gewählt.

Der Vorstand gab 1964 erstmals ein Handbuch für Vertrauensleute heraus. Auf über 500 Seiten wurden gesellschaftspolitische und gewerkschaftspolitische Themen ebenso behandelt wie arbeitsrechtliche und praktische Hilfestellungen für die Arbeit der Vertrauensleute.

Für die Gewerkschaftsarbeit vor Ort ist ein enges Zusammenspiel der IG Metall mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten von entscheidender Bedeutung. Die monatlichen Sitzungen der Ortsverwaltung und die quartalsmäßigen Sitzungen der Vertreterversammlungen waren die Grundlage der Zusammenarbeit. Um möglichst viele

²⁴ IG Metall Hannover Geschäftsbericht 1957-58, S.15, Archiv der IG Metall Hannover

betriebliche Funktionsträger einzubeziehen, fanden regelmäßige Zusammenkünfte der Betriebsratsvorsitzenden und der Vertrauenskörperleitungen statt.²⁵ Diese Form der Zusammenkünfte wird bis heute durchgeführt.

Gewerkschaftsbeiträge

Bisher galt für die Beitragshöhe der Grundsatz: »Ein Stundenlohn ist der wöchentliche Gewerkschaftsbeitrag.« Dies wurde erst im Jahr 1962 auf einen monatlichen Gewerkschaftsbeitrag umgestellt. Hierzu einige Beispiele: Im Jahr 1955 betrug der durchschnittliche Gewerkschaftsbeitrag der betrieblichen Mitglieder (Vollbeitragszahler) in Hannover 1,30 DM pro Woche. Im Jahr 1966 betrug der Durchschnittsbeitrag der Vollbeitragszahler in Hannover 7,94 DM pro Monat.

Damals hatte kaum ein Beschäftigter ein Girokonto bei der Sparkasse oder einer Bank. Fast alle Zahlungen, wie Miete, Strom und Gas wurden in bar getätigt. Deshalb wurden von Kassierern der IG Metall wöchentliche Beitragsmarken verkauft, die ins Gewerkschaftsbuch eingeklebt wurden. Die Kassierung erfolgte zuhause in den Wohnungen der IG Metall-Mitglieder durch ehrenamtliche Kassierer, die dafür eine Aufwandsentschädigung erhielten. Diese betrug Anfang der 1950er Jahre 230 DM.²⁶ Außerdem wurde schon 1948 diskutiert, ob den Kassierern in den Außenbezirken Regenbekleidung und Fahrräder zur Verfügung gestellt werden sollen.²⁷ Teilweise erfolgte schon damals die Kassierung auch im Betrieb.

Die Umstellung auf Betriebskassierung erfolgte erst in späteren Jahren. Nur bei den Firmen Hanomag und Volkswagen konnte eine Vereinbarung mit der Geschäftsführung geschlossen werden, dass die Gewerkschaftsbeiträge im sogenannten Lohnabzug entrichtet und an die IG Metall überwiesen wurden. Das Verfahren der Hauskassierung war aufwändig und schwer zu kontrollieren. In mehreren Protokollen der Ortsverwaltung werden Unregelmäßigkeiten, Kassenfehlbestände und Unterschlagungen beschrieben.

Veranstaltungen am 1. Mai

Die Kundgebungen zum 1. Mai fanden teilweise vor dem Rathaus, später regelmäßig auf dem Klagesmarkt statt. In mehreren Demonstrationenzügen zogen die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter dorthin. Die Teilnehmerzahlen lagen bis in die 1950er Jahre im Schnitt bei 30.000. Als die Zahlen in den folgenden Jahren etwas abnahmen, versuchte der DGB schon damals durch ein Kulturprogramm die Attraktivität der Kundgebung zu erhöhen.

Der Tiefpunkt der Geschichte des 1. Mai stellt das Jahr 1965 dar. Der DGB verzichtete auf Demonstrationenzüge und eine Kundgebung, und verlegte die Maiveranstaltung in den Kuppelsaal des Kongresszentrums. Dies wurde im Nachhinein von vielen Gewerkschaftern kritisiert.²⁸ In der Folgezeit machte der »Montagskreis« von verschiedenen Hannoveraner Gewerkschaftssekretären Vorschläge für eine Neugestaltung der Maiveranstaltungen, die ab 1968 wieder zu höheren Teilnehmerzahlen bei den Kundgebungen führte.²⁹

²⁵ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1957/1958, S. 34, Archiv der IG Metall Hannover

²⁶ Protokoll der Ortsverwaltungssitzung der IG Metall Hannover, Februar 1949

²⁷ Protokoll der Ortsverwaltungssitzung der IG Metall Hannover, April 1948

²⁸ DGB-Kreis Hannover, 100 Jahre 1. Mai in Hannover, 1990, S. 37/38

²⁹ Ebd., S. 39

Jugendarbeit

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit der IG Metall Hannover begann in den Jahren 1950 bzw. 1951. Gab es im Jahr 1950 lediglich 2.188 jugendliche Mitglieder unter 18 Jahren, so waren es 1954 schon 4.929. Diese Zahl konnte in den folgenden Jahren kontinuierlich gesteigert werden. 1966 hatte die IG Metall in Hannover 7.302 jugendliche Mitglieder.

Am 23. und 24. Juni 1951 kamen über 6.000 Jugendliche der IG Metall nach Hannover und demonstrierten mit Transparenten durch die Innenstadt.³⁰ Übernachtungen und die Versorgung wurden auf dem Messegelände organisiert. Viele Programmpunkte des Treffens fanden in Hannover Linden statt. Bei einer Kundgebung sprach der Vorsitzende der IG Metall, Walter Freitag. Die gemeinsame Organisation und Finanzierung erfolgten durch die IG Metall Hannover und den Bezirk.

Zu den ersten Wahlen von Jugendvertretern findet sich im Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle von 1953/1954 folgende Einschätzung: »Nach den Betriebsrätewahlen 1953 sind erstmals auf gesetzlicher Grundlage auch die Betriebsjugendvertreter gewählt worden. In der Verwaltungsstelle Hannover wurden diese Wahlen in 72 Betrieben durchgeführt. Aus vielerlei Gründen besteht mit diesen gewählten Betriebsjugendvertretern noch nicht der nötige Kontakt. Hier wird es unsere Aufgabe sein, in Zukunft alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um mit den gewählten Betriebsjugendvertretern ein Vertrauensverhältnis herzustellen, wie wir es mit unseren Betriebsräten gewohnt sind.«³¹

Jugendarbeit war also kein Selbstläufer! Die IG Metall baute daher systematisch drei Jugendgruppen auf: für die Stadtmitte, die Nordstadt und für Linden. Die Jugendbildungsarbeit ist im Jahr 1953 noch bescheiden: Es gab sieben Wochenendschulungen mit 153 Teilnehmenden. Im Mai 1954 fand die 2. Bundesjugendkonferenz in Braunschweig statt. In diesem Rahmen veranstaltete die Metalljugend eine Großkundgebung, zu der aus Hannover Jugendliche mit zehn Autobussen transportiert wurden.³² 1956 gab es dann im Theater am Aegi die erste IG Metall Jugendrevue mit 1.500 Teilnehmenden.

Bis Ende 1962 war es dann gelungen, wieder sieben Jugendgruppen in Hannover aufzubauen. Monatlich einmal fand eine gemeinsame Versammlung aller Jugendgruppen statt, auf der ein Vortrag gehalten oder ein Film gezeigt wurde. Im Jahre 1962 wurde die Jugendhütte Lauenau, die bis dahin gepachtet war, von der IG Metall zusammen mit 4.000 qm Boden gekauft. Damit hatte die IG Metall Jugend einen Treffpunkt, in der bis zu 20 Personen ihre Freizeit verbringen konnten. Im Sommer bestand außerdem Gelegenheit, auf dem Gelände Zelte aufzubauen. Im Schnitt haben 700 Jugendliche je Quartal an Versammlungen, Zusammenkünften, Fahrten und Schulungen teilgenommen.

Zu Beginn der 1960er Jahre veröffentlichte der Ortsjugendausschuss der IG Metall drei bis viermal im Jahr eine eigene Broschüre für junge Metaller. Dies waren ca. zehn DIN A4 Seiten, die mit Wachsmatrizen vervielfältigt wurden. Im Archiv der IG Metall Hannover finden sich Exemplare dieser kleinen Zeitschrift bis Anfang der 1970er Jahre.

In den Jahren ab 1963/64 wandelte sich die Jugendarbeit der IG Metall Hannover. Der damalige Jugendsprecher der Hanomag wurde Vorsitzender des Ortsjugendausschusses, sein Stellvertreter der Jugendsprecher der Firma Wohlenberg. Es waren Jürgen Peters, der

³⁰ Protokoll der Ortsverwaltungssitzung der IG Metall Hannover, Juni 1951

³¹ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1953/54, S. 24

³² Ebd.

spätere Bezirksleiter und Erste Vorsitzende der IG Metall, und Hasso Düvel, der spätere Bezirkssekretär in der Bezirksleitung Hannover.

Jürgen Peters erinnert sich: »Als OJA-Vorsitzender habe ich die IG Metall Jugendarbeit stärker als gewerkschaftspolitische Arbeit verstanden. In der Vergangenheit war der sogenannte jugendpflegerische Ansatz doch sehr dominant. Im Mittelpunkt der Jugendarbeit standen Freizeit- und Neigungsgruppen für Aktivitäten wie Filme, Tischtennis usw. Wir haben stärker die Jugendbildungsarbeit forciert.«³³ Hasso Düvel ergänzt: »Für Jürgen und mich war wichtig, die Jugendbildungsarbeit in die Gänge zu bringen. In der Zeit begann es mit dem Team-Prinzip der ehrenamtlichen Referenten. Wir haben häufig Seminare in Bad Münder durchgeführt. Da wurde richtig gebimst: Von ›Diktate schreiben‹ über ›Texte lesen‹ bis zum ›Referate halten‹. Zu den Seminaren kam an einem Tag der Erste Bevollmächtigte Heini Menius dazu. Wir haben dann auch stärker politische Themen bearbeitet wie Anti-Faschismus und haben Gedenkstätten-Fahrten nach Bergen-Belsen und Auschwitz durchgeführt. Wir haben versucht, den Ortsjugendausschuss stärker zu politisieren.«³⁴

Jürgen Peters³⁵

* 17. März 1944 in Oppeln, dem heutigen Opole

Jugendvertreter bei Hanomag, später Bezirksleiter und Erster Vorsitzender der IG Metall

Jürgen Peters kam mit seiner Familie 1945 nach Hannover. Die Familie wurde wie viele andere »Flüchtlings-Familien« zwangsweise einquartiert. Am 16. Oktober 1961 begann er im Alter von 17 Jahren eine Ausbildung bei der Rheinstahl-Hanomag AG in Hannover. Zunächst als technischer Zeichner, dann wechselte er in eine Ausbildung als Maschinenschlosser. 1962 wurde er Mitglied der IG Metall. Peters dazu: »Ich war am Reinigen – unter einer Drehbank. Da stand plötzlich der Vertrauenskörperleiter der Hanomag (den ich zu dem Zeitpunkt noch nicht kannte) vor mir und fragte mich, ob ich nicht für die Jugendvertretung kandidieren wollte. Ich habe zunächst gezögert, dann ›ja‹ gesagt, ohne so recht zu wissen, was mich da erwartet. Schließlich wurde die Frage nachgeschoben, ob ich denn Mitglied der IG Metall sei. Dies war ja nicht der Fall. Wieso auch? Darauf die Ansage: Wenn du Jugendvertreter werden willst, musst du Mitglied der IG Metall werden. Na ja, seitdem bin ich Mitglied der IG Metall.«

Im Lehrvertrag von Peters sind für die drei Lehrjahre folgende »Ausbildungsbeihilfen« vereinbart: 70,- DM, 85,- DM und 100,- DM. Außerdem ist im Ausbildungsvertrag im § 3 »Pflichten des Lehrlings« ausdrücklich vereinbart: »Der Lehrling ist verpflichtet, ... seinen Vorgesetzten Gehorsam und Achtung zu erweisen, ...«. Jürgen erinnert sich: »Die Qualität der Ausbildung war bei der Hanomag – wie in anderen Großbetrieben auch – weitgehend anerkannt. Man kann durchaus sagen: eine gut strukturierte Ausbildung mit Ausbildungsprogrammen, Lernschritten und allem was dazu gehört.«

Nach der Facharbeiterprüfung arbeitete Jürgen zunächst als Produktionsarbeiter in der Gießerei. Er erinnert sich: »Danach arbeitete ich ab dem 1. Dezember 1964 als Facharbeiter in der Reparaturwerkstatt, also in der Instandhaltung von Werkzeugmaschinen. Wir haben in

³³ Zeitzeugengespräch mit Jürgen Peters

³⁴ Zeitzeugengespräch mit Hasso Düvel

³⁵ Zeitzeugengespräch mit Jürgen Peters

Normalschicht gearbeitet. In der Gießerei habe ich im Akkordlohn gearbeitet. Das war Knochenarbeit. Und wenn wir richtig ›reingeklotzt‹ haben, waren wir manchmal sogar eine Stunde vor Schichtende mit unserem Arbeitspensum fertig. Meist habe ich dann noch meine Arbeit als Jugendvertreter gemacht.«

1962 begann er mit seiner gewerkschaftlichen Arbeit. Er erinnert sich: »1962 wurde ich nämlich in die 5-köpfige Jugendvertretung gewählt und wurde 1964 sogar deren Vorsitzender. Wir hatten (wie andere Jugendvertretungen auch) eine Vielfalt von Themen und Schwerpunkten. Das waren die Ausbildungsinhalte, insbesondere im Grundlehrgang, es ging es um die ausbildungsfremden Arbeiten, um Pausenregelungen, und wir haben für einen Jugendraum gestritten. Eine generelle Frage war Land auf Land ab, ob die Jugendvertretungen an den Betriebsratssitzungen teilnehmen dürfen oder nicht. Im Betriebsverfassungsgesetz war das nur unzureichend geregelt. Ich habe als Vorsitzender der Jugendvertretung regelmäßig an den Betriebsratssitzungen teilnehmen können, was damals ein Novum war.«

Als Jugendsprecher der Hanomag war Jürgen Peters natürlich auch Mitglied des Jugendausschusses der IG Metall Hannover, in dem auch Hasso Düvel Mitglied war. Jürgen erinnert sich: »Wir waren der Überzeugung, wir müssen die politische Grundlagenbildung entwickeln, wenn wir etwas verändern wollen. Nach Feierabend haben wir in der Jugendgruppe beispielweise Themen behandelt, wie die ›Einführung in die Techniken der geistigen Arbeit‹, Themen wie ›Wirtschaftspolitik, Mitbestimmung‹ usw. Wir haben Seminarreihen aufgebaut und natürlich dann auch Wochenend-Schulungen entwickelt und durchgeführt. Wir konnten dabei auf Bildungskonzeptionen des DGB zurückgreifen. Zum Schluss hatten wir bei solchen Wochenendschulungen über 100 Teilnehmenden, die in verschiedene Arbeitsgruppen von 15 bis 20 Teilnehmende aufgeteilt wurden.«

1968 besuchte Jürgen Peters die »Akademie der Arbeit (AdA)« in Frankfurt. Danach wurde er Bildungsreferent der IG Metall an den zentralen Bildungsstätten in Usseln und Lohr, wechselte später ins Stahlbüro nach Düsseldorf und kam 1988 als Bezirksleiter des Bezirks Hannover zurück. 1998 wurde er Zweiter Vorsitzender und 2003 dann Erster Vorsitzender der IG Metall. 2011 schied Jürgen Peters nach 43 Jahren aus dem aktiven Dienst bei der IG Metall aus. Er lebt heute in Offenbach.

Anders als heute, spielte damals die Jugendarbeit im Kreisjugendausschuss des DGB eine große Rolle.³⁶Neben politischen Veranstaltungen und Seminaren der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit wird über die Kultur- und Freizeitarbeit berichtet. So z.B. über Filmveranstaltungen und Konzerte mit den Protestsängern Franz Josef Degenhardt und Dieter Süverkrüp. Schon 1966 wurden Anträge gegen den Krieg der USA in Vietnam und gegen die Notstandsgesetzgebung verabschiedet.³⁷

Bildungsarbeit

Die Anfänge der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit waren bescheiden. Im Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle für die Jahre 1951/1952 heißt es etwa: »Auf der örtlichen Ebene

³⁶ Protokolle der Delegiertenkonferenzen der Gewerkschaftsjugend Kreis Hannover, 1966 bis 1968. Archiv der IG Metall Hannover.

³⁷ Ebd.

wurden für die Kollegen Arbeitsgemeinschaften und Lehrgänge durch die Arbeitsgemeinschaft ›Arbeit und Leben‹, die von den Volkshochschulen und dem DGB getragen werden, eingerichtet.«³⁸ Erst in den Jahren 1953/1954 begann langsam eine eigenständige Bildungsarbeit der IG Metall Hannover. So wurde in diesem Jahr unter dem Punkt »Örtliche Schulung« lediglich von einem Lehrgang »Grundwissen – Gesellschaftsbildung« und einem Sonderlehrgang »Lohnkommission" berichtet.

Um noch näher an das Wirkungsfeld »Betrieb« heranzukommen, sollte in Zukunft konsequenter mit einigen Kolleginnen und Kollegen aus den Großbetrieben ein Programm betriebsnaher Bildungsveranstaltungen entwickelt werden. Das im Winterhalbjahr 1961/62 mit drei Betrieben begonnene Experiment erwies sich als wertvoll und wurde im Herbst 1962 auf sieben Großbetriebe ausgedehnt. Die bezirklichen Wochenendschulungen, die Lehrgänge auf den Internatsschulen der IG Metall und die Referentenschulungen runden das Bildungsprogramm ab. Wie in den vorangegangenen Jahren wurde auch 1961 und 1962 eine offene Filmwoche der IG Metall für Vertrauensleute im Ernst-Winter-Saal bei der Hanomag durchgeführt.

Frauenarbeit

Die IG Metall Verwaltungsstelle Hannover hatte 1950 insgesamt 2.185 weibliche Mitglieder, was etwas mehr als 10% der Mitgliedschaft entsprach. Im Jahr 1966 waren es immerhin schon 6.033 weibliche Mitglieder (14,7%). Ende 1951 fanden sich mehrere interessierte Kolleginnen, die zunächst einen »Arbeitskreis Frauen« in der IG Metall gründeten, der sich später als Frauenausschuss konstituierte. Die ehrenamtliche Kollegin Düvel wurde mit der Leitung beauftragt. Ihr folgte die Kollegin Hilde Freund, Betriebsratsmitglied bei der Firma Wohlenberg; sie wurde 1953 in die Ortsverwaltung gewählt und nahm 1954 erstmals als Delegierte am Gewerkschaftstag der IG Metall teil.

Handwerksarbeit

Im Jahr 1952 hatte die IG Metall im Handwerksbereich insgesamt 3.892 Mitglieder. Die Zusammensetzung auf die unterschiedlichen Handwerksbereiche zeigt die Tabelle auf der Seite XXX.³⁹ Im Jahr 1965 hatte die IG Metall Hannover 4.694 Mitglieder in sechs Branchen des Handwerks.⁴⁰

Beschäftigte und Organisierte im Handwerk in der Verwaltungsstelle Hannover, 1952				
Branche	Betriebe	Beschäftigte	Mitglieder	%
Elektriker	158	1.098	617	56,1
Klempner, Installateure, Kupferschmiede	248	1.337	772	57,6
Zentralheizungsbau	56	602	571	94,8
Schmiede	45	95	32	33,6
Landmaschinenbau	5	34	21	60,1
Schlosser u. Maschinenbau	204	1.427	814	57,1

³⁸ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1951/1952, S. 44

³⁹ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1951/1952, S. 38

⁴⁰ IG Metall Bezirksleitung Hannover, Bericht aus den Jahren 1966 bis 1968, S. 112

KFZ-Handwerk	148	1.392	839	60,2
Mechaniker und Orthopäden	206	626	226	36,1
Summe	1.070	6.611	3.892	58,8

Klempner-Streik 1950.

Im Herbst 1950 kam es in Hannover zu einem Streik der Klempner. Im Protokoll der IG Metall Ortsverwaltungssitzung vom 23. Oktober 1950 ist dazu folgendes erwähnt: »Zum Klempnerstreik erklärt Kollege Menius, dass etwa hundert Kollegen streiken. Die Stimmung sei als nicht besonders gut zu verzeichnen. Die Streikenden haben bisher zweimal je DM 10,-- als Sonderunterstützung erhalten. Es soll noch einmal eine Sonderunterstützung gezahlt werden. Die Verhandlungen werden von den Meistern bewusst verschleppt.«⁴¹ Nach zahlreichen Gesprächen und Verhandlungen wird schließlich ein Ergebnis mit beachtlichen Lohnerhöhungen erzielt.

Zu den Lohnkämpfen im KFZ-Handwerk vermerkt der Geschäftsbericht 1951/1952: »Besonders hartnäckig gestalteten sich die Verhandlungen im Kraftfahrzeuggewerbe, wo wir sowohl 1951 wie auch 1952 eine Erhöhung des Tarifs erst mit einem Streik durchgesetzt haben. Diese Streiks, die nur einige Tage dauerten, festigten unsere Organisation in diesem verhältnismäßig jungen Gewerbe. Die Durchführung erstreckte sich aber auch hier nur auf die größeren Betriebe.«⁴² Im Protokoll der Ortsverwaltung vom Juni 1951 ist dazu vermerkt: Die Streikbetriebe waren Bischoff & Hamel, Gessner & Jacobi, Raddatz und Borgward. Insgesamt waren daran 101 Kollegen beteiligt. Gestreikt wurde insgesamt vier Tage. An Streikunterstützung wurde 1.195,90 DM gezahlt.

In den Berichtsperioden 1963 bis 1968 werden zunehmend Schwierigkeiten bei der Organisation im Handwerk deutlich. Viele Handwerksbetriebe sind Kleinst- und Kleinbetriebe, die von Natur aus gewerkschaftlich schwerer zu organisieren sind; insbesondere in Betrieben mit weniger als fünf Beschäftigten und ohne Betriebsräte.

Gründung des Arbeitskreises Arbeitssicherheit

Im Geschäftsbericht von 1963 bis 1965 heißt es dazu: »Die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen der IG Metall in Fragen der Unfallverhütung und des Schutzes der Arbeitnehmer vor Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz war für die Ortsverwaltung Veranlassung, im Jahr 1965 einen Arbeitskreis Arbeitssicherheit zu bilden. Sinn dieses Arbeitskreises ist es, die Sicherheitsbeauftragten zum regelmäßigen Erfahrungsaustausch zusammenzuführen.«⁴³ Die Leitung des Arbeitskreises hatten drei ehrenamtliche Kollegen und die Veranstaltungen waren gut besucht. In den folgenden Jahren waren ca. 120

⁴¹ Protokoll der Sitzung der Ortsverwaltung der IG Metall Hannover vom 23.10.1950

⁴² IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1951/1952, S. 20

⁴³ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1963 bis 1965, S. 59

Sicherheitsbeauftragte tätig.⁴⁴ Der Arbeitskreis war über die Jahre bis heute kontinuierlich unter verschiedenen Namen tätig.

Angestelltenarbeit

1950 hatte die IG Metall Hannover 1.755 Mitglieder (6,4%) aus dem Angestelltenbereich; im Jahr 1958 waren es 2.798 (7,6%) und im Jahr 1965 stieg die Zahl auf 3.393 Mitglieder entspricht 8,3%. Im Geschäftsbericht 1951/1952 wird berichtet, dass die Angestelltenarbeit auf drei Fachgruppen aufgeteilt war: kaufmännische und technische Angestellte sowie Werkmeister. Es fanden 39 Fachgruppensitzungen und fünf gemeinschaftliche Versammlungen statt. 1951 kamen Kollegen aus der Arbeitsvorbereitung zusammen, um einen eigenen Arbeitskreis Zeitstudien zu bilden.

Insgesamt scheint sich die IG Metall Hannover mit ihrer Angestelltenarbeit schwer getan zu haben. Im Jahr 1960 wird Hannover im Bericht der Bezirksleitung offen kritisiert. Alle Verwaltungsstellen im Bezirk hatten bei den Angestellten eine positive Mitgliederbilanz – bis auf Hannover, die sogar 233 Mitglieder verloren hatte. Im Bericht heißt es wörtlich: »Das Ergebnis des Bezirkes im Angestelltenjahr wurde im passiven Sinne entscheidend durch den völligen Ausfall der Verwaltungsstelle Hannover beeinflusst.« Erforderlich sei eine klärende Aussprache über die gegenwärtige Situation und wie der Angestelltenausschuss aktiviert werden kann.⁴⁵

Trotz vieler Diskussionen, Aktionen und Überlegungen in den Jahren 1961/1962 bleiben die Probleme im Bereich der Angestelltenarbeit. Die Angestelltenarbeit der IG Metall Hannover sollte erst Mitte der 1970er Jahre wieder einen Aufschwung erleben.

Bau des Volkswagenwerkes in Hannover-Stöcken⁴⁶

Wer in Hannover-Stöcken in die Mecklenheidestraße abbiegt, fährt ungefähr einen Kilometer lang an den Werkshallen von Volkswagen Nutzfahrzeuge entlang. Heute ist VW mit Abstand der größte Metallbetrieb in Hannover.

In der Nachkriegswirtschaft der 1950er Jahre war die Automobilindustrie und besonders Volkswagen eine treibende Kraft. Die Nachfrage für den VW-Käfer ließ einfach keinen weiteren Platz für den gleichfalls stark gefragten VW-Transporter. Ein neuer Standort musste her, und wurde deutschlandweit ausgeschrieben. 300 Bürgermeister bewarben sich für ihre Städte und Gemeinden, unter ihnen auch Barsinghausen. Der DGB und der niedersächsische Finanzminister Alfred Kubel unterstützten diese Bewerbung, da dort ein Bergwerk geschlossen worden war und Ersatzarbeitsplätze gesucht wurden. Doch Hannovers Oberbürgermeister Wilhelm Weber und der IG Metall Bevollmächtigte Heinrich Menius

⁴⁴ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1966- 1968, S. 30

⁴⁵ Jahresbericht der IG Metall Bezirksleitung Hannover, 1959/1960, S. 88

⁴⁶ Betriebsrat VW Werk Hannover (Hrsg.) und Arbeitskreis VW Stöcken (2004). Rat und Tat – Chronik der Interessenvertretung des VW Werkes Hannover Stöcken; Betriebsrat VW-Werk Hannover (Hrsg.)/Richard Birkenfeld (1998): Die Geschichte der Arbeitnehmervertretung im VW-Werk Hannover; IG Metall Vertrauenskörperleitung bei Volkswagen Nutzfahrzeuge (1999): „Gemeinsam in die Zukunft – Hans de Vries in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Vertrauensleute“

argumentierten klug und holten sich Unterstützung beim IG Metall-Vorsitzenden und VW-Aufsichtsratsmitglied Otto Brenner. Diese Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und IG Metall hatte Erfolg. Am 4. Februar 1955 schloss die Volkswagen GmbH mit der Stadt Hannover den Vertrag über den Kauf des Werksgeländes in Stöcken mit rund einer Million Quadratmeter.

Auf der Großbaustelle arbeiten zeitweise 2.000 Handwerker, um in Rekordtempo die Halle 1 aufzubauen. Gleichzeitig liefen die ersten Einstellungen der Beschäftigten, die in Wolfsburg im Transporterbau Erfahrungen sammeln sollten. Täglich fuhren sie anderthalb Stunden in ungeheizten, bitterkalten Waggons der dritten Klasse an ihre Arbeitsstelle. Der Unmut über diese menschenunwürdige Fahrsituation erzeugte Proteste und sorgte für die erste Arbeitsniederlegung in der Geschichte von VW für einen Fahrgeldzuschuss. Der Streik zeigte Wirkung. Der VW-Vorstand erstattete von da an die Hälfte der Fahrkosten.

Am 8. März 1956, nach nur 13 Monaten, lief die Produktion in der Halle 1 an. Die Geschichte der Halle 2 (Baubeginn 20.10.1957) und des Motorenbaus beginnen erst im November 1958. Die Belegschaft wuchs schnell und kam aus allen Berufsgruppen: Tischler, Stellmacher, Elektriker, Schlachter, Friseure, Maurer und Landwirte. VW, das hieß schon damals guter Lohn, soziale Absicherung und sichere Arbeit. Der Haken an der Sache waren ungewohnte Arbeitsbedingungen mit einer getakteten Industrieproduktion, die die Bewerber nicht erwartet hatten. So bekamen Beschäftigte an den Nassschleifplätzen der Lackiererei, nach Feierabend durch Muskelverspannungen ihre Arme nicht mehr hoch. Das moderne Fließband im Rohbau hieß die »Hölle«, weil man auf Stahlrosten und in gebeugter Haltung, im Gehen schweißen musste. Arbeitsschutz war zu dieser Zeit noch ein Fremdwort. Schweißer hatten ganzjährig »Südseebräune« – unterbrochen vom Rahmen der Schweißbrille. »Wer länger als drei Wochen schafft – bleibt«, hieß es unter den Beschäftigten. Anhand der fortlaufenden Stammmummern lässt sich nachvollziehen, dass in den ersten 15 Jahren rund 20.000 Beschäftigte das Werk wieder verließen.

Dies bedeutete viel Arbeit für eine Interessenvertretung. Doch wie sollte das gehen, wenn vom ersten Tag über 4.000 Menschen zusammenarbeiten, die sich nicht kannten? Dazu hatte die IG Metall-Bezirksleitung mit Volkswagen vereinbart, die Wolfsburger Betriebsratsmitglieder Rudi Heinrich und Paul Bertram in Hannover einzusetzen. Sie sollten mit ihrer Erfahrung beim Aufbau der Interessenvertretung Entwicklungshilfe leisten. Die erste Betriebsratswahl fand bereits nach einem Jahr, am 8. März 1957, statt. Die IG Metall errang 18 der 21 Sitze, zwei Plätze gingen an die DAG, einer an die Unabhängige Liste. Rudi Heinrich wurde der erste Betriebsratsvorsitzende. Ein erster, wichtiger Erfolg für die IG Metall, hinter dem große Erwartungen der Beschäftigten standen.

Diese Erwartungen formulierte im März 1955 ein Mitteilungsblatt der IG Metall Wolfsburg »Wir vom Volkswagenwerk« treffend: »Betriebsvertretung bedeutet Dienst an der Allgemeinheit wie Hilfe für den Einzelnen bei seinen persönlichen Sorgen und Problemen. Die Betriebsräte sollen jedem Werksangehörigen zur Seite stehen.« So spielte in den ersten Jahren der soziale Bereich eine zentrale Rolle in der Betriebsratsarbeit. Dazu gehörte zum Beispiel die gerechte Verteilung von Abfallholz zum Heizen an die Beschäftigten, preiswertes Essen in den Kantinen, Getränkeversorgung, Sozialräume, Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und der Arbeitssicherheit. Die guten Kontakte zur SPD wurden eingesetzt, um bei der Stadt eine Verlängerung der Straßenbahnlinie vom Stöckener Friedhof an das Werksgelände sowie das Stöckener Schwimmbad durchzusetzen.

Eine Besonderheit in den Tarifbeziehungen von VW mit der IG Metall war von Anfang an der Haustarifvertrag. Das hatte einen einfachen Grund: Das Nazi-Musterwerk für Kübelwagen und Tellerminen in Wolfsburg, erbaut mit enteigneten Gewerkschaftsgeldern, hatte nach dem Krieg keinen Besitzer. Das Unternehmen wurde zunächst von der britischen Besatzungsmacht verwaltet und dann der Bundesrepublik Deutschland übereignet. Die IG Metall vereinbarte nach dem Krieg mit VW schrittweise zahlreiche Tarifverträge. Als sich 1960 mit der Privatisierung des Unternehmens der Staat mehrheitlich aus dem Unternehmen zurückzog, hatte keine Seite ein Interesse daran, dass VW dem niedersächsischen Metallarbeitgeberverband beitrifft.

Volkswagen wirkte viele Jahre für den hannoverschen Arbeitsmarkt wie ein »Staubsauger«. 1956 mit rund 5.000 Beschäftigten beginnend, verzeichnete die Personalstatistik im Oktober 1971 den Spitzenwert von 29.079 Beschäftigten. Die IG Metall tat sich viele Jahre schwer damit, die riesige Zahl der Neueingestellten für die IG Metall zu gewinnen. Viele Neueingestellte wussten mit Gewerkschaften nichts anzufangen. Die Anzahl der werbenden Vertrauensleute und Betriebsräte war überschaubar. Es gehörte zu den größten Aufbauleistungen der damaligen IG Metall, dieses »Hase-und-Igel-Spiel« letztendlich mit Überzeugungskraft und Gestaltungsmacht für sich zu entscheiden.

<u>Jahr</u>	<u>Beschäftigte</u>	<u>IGM-Mitglieder</u>	<u>Organisationsgrad</u>
31.12.1956	5.000	1.000	20,0%
31.12.1966	21.649	12.795	59,1%

Die Produktionsleitung versuchte die ständig wachsende Belegschaft eins zu eins in Stückzahlen umzusetzen. Das führte vielerorts zu Mehrbelastungen und zu einer explosiv gereizten Stimmung. Das System der Arbeitsbeziehungen zwischen Vertrauensleuten, Betriebsräten und Führungskräften steckte damals noch in den Kinderschuhen. Als Tarifverhandlungen im September 1959 einvernehmlich verschoben wurden, kommt bei Teilen der Belegschaft an, dass die Verhandlungen abgebrochen seien. Das war der Funke der einen Brand auslöste. Viele Beschäftigte legten die Arbeit nieder und zogen demonstrierend durch das Werk, Motoren und Karossen wurden beschädigt. Betriebsräte versuchen das Missverständnis auszuräumen. Das Unternehmen reagierte mit ganzer Härte, etwa 100 Beschäftigte wurden fristlos entlassen. Viele von ihnen waren IG Metall-Vertrauensleute. Nur wenige gewannen ihre Arbeitsgerichtsprozesse. Ein schwerer Schlag für die junge Interessenvertretung und die örtliche IG Metall, der aber die Unternehmenskultur verändern sollte. Das System von Information und Kommunikation durch Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall wurde zunehmend auch vom Unternehmen anerkannt.

Die andere Unternehmenskultur hat aber noch ein anderes, ein entscheidendes Standbein. Als die britische Militärregierung im Oktober 1949 die Eigentumsrechte an das Land Niedersachsen und der Bundesrepublik übertrug, wurde den Gewerkschaften ein starker Einfluss zugebilligt. Nur unter diesen Bedingungen verzichtete der Deutsche Gewerkschaftsbund darauf, seine Eigentumsrechte einzuklagen. Der Grund für dieses Gesetz liegt in der Vergangenheit des Unternehmens. Den Aufbau der 1938/39 errichteten Fabrik finanzierten die Nazis teilweise mit dem Vermögen der 1933 zerschlagenden

Gewerkschaften. Dies und der Einsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern bildete die finanzielle Grundlage des Konzerns.

Als Ergebnis einer verbesserten Mitbestimmungskultur trat das VW-Gesetz im Juli 1960 in Kraft, als die Volkswagen GmbH privatisiert und in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Dieses Gesetz legte fest, dass die Errichtung und Verlegung von Produktionsstätten einer Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats bedürfen. Für Hauptversammlungsbeschlüsse bedurfte es einer Mehrheit von mehr als vier Fünftel (80%) des bei der Beschlussfassung vertretenden Grundkapitals. Da das Land Niedersachsen mehr als 20% der VW-Anteile hielt, waren derartige Beschlüsse nicht ohne Zustimmung des Landes möglich. Das Land Niedersachsen verfügt damit über eine Sperrminorität.

Die VW-Transporter und Kleinbusse, im Volksmund »Der Bulli«, fuhren in den 1960er Jahren auf der Überholspur. Unter dem Beifall der Beschäftigten lief 1962 der Millionste »Bulli« vom Band. Der Marktanteil in Deutschland stieg auf über 70%. Erste Krisenzeichen in der Wirtschaft werden 1967 vom Neuanlauf des Typ 2 aufgefangen.

Neue Kolleginnen und Kollegen aus Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei

Die Situation in den Betrieben und der Gesellschaft änderte sich ab Mitte der 1950er Jahre, als immer mehr ausländische Beschäftigte in den Betrieben arbeiten. In den 1950er und 1960er Jahren war die Arbeitslosigkeit so gering, wie man es sich heute kaum vorstellen kann. In dieser Zeit lagen für viele Jahre die Arbeitslosenquoten unterhalb von 1%. Obwohl bis zum Mauerbau 1961 viele Arbeitskräfte aus der DDR in den Westen kamen, konnte der Bedarf nicht gedeckt werden. Viele Unternehmen gingen auch in Hannover etwa ab Mitte der 1950er Jahre dazu über, gezielt im europäischen Ausland Arbeitskräfte anzuwerben. So kamen viele neue Kolleginnen und Kollegen aus Italien, Spanien, Griechenland, Portugal und der Türkei in die Betriebe.

Der IG Metall Vorstand reagierte darauf und gründete 1962 ein neues Referat »Ausländische Arbeitnehmer«. Ab 1962 erschienen Publikationen der IG Metall auch in Italienisch, Spanisch, Griechisch und Türkisch. Viele Kollegen kamen auch aus dem damaligen Jugoslawien. Die neuen Kolleginnen und Kollegen veränderten die Arbeitswelt und die deutsche Gesellschaft in erheblichem Maße. Waren bis etwa Mitte 1950 ausschließlich deutsche Beschäftigte in den Betrieben, wurde es jetzt »bunter«. Zunächst wurden die ausländischen Beschäftigten »Gastarbeiter« genannt. Einige kehrten nach ein paar Jahren in ihre Heimatländer zurück, andere blieben dauerhaft hier. Deutschland wurde so schrittweise zu einer multi-kulturellen Gesellschaft.

Das spätere Betriebsratsmitglied bei kabelmetal bzw. Nexans, Jose Soriano, kam 1963 aus Spanien nach Hannover.⁴⁷

José Soriano⁴⁸

⁴⁷ Zeitzeugengespräch mit José Soriano

⁴⁸ Ebd.

* 20. Dezember 1944 in Almeria in Spanien

Betriebsratsmitglied kabelmetal

José-Antonio Soriano-Martinez wurde während seiner Militärzeit zum Kfz-Mechaniker ausgebildet. Zusammen mit drei Kumpeln wird er von den Stadtwerken Hannover zur Arbeit angeworben. José erinnert sich: »Wir wollten ein Jahr dort arbeiten und Geld verdienen, um eine Schiffsreise nach Kanada zu finanzieren. Insgesamt wurden damals in meinem Geburtsort Almeria insgesamt 500 Menschen für Hannover angeworben; davon allein 300 für die Stadtwerke Hannover. Wir sind dann mit einem Sonderzug bis Hannover gebracht worden. Meine drei Kumpel haben dann die Reise nach Kanada auch tatsächlich realisiert. Da ich relativ früh meine damalige Frau Gertraude kennen gelernt hatte, verlor ich dies Ziel aus den Augen. Bei der Abfrage unserer Qualifikationen bekam ich eine Beschäftigung in der Kfz-Werkstatt der Stadtwerke Hannover angeboten. Eine tolle Werkstatt, super eingerichtet und sauber – aber schlecht bezahlt. Dort bin ich dann auch gewerkschaftlich organisiert worden in der Gewerkschaft ÖTV. So habe ich mich dann bei Hackethal bereits während meines ersten Jahres in Hannover beworben und bin dann dort im Juni 1963 eingestellt worden. Mein Stundenlohn war gleich doppelt so hoch, wie bei den Stadtwerken.«

Bei Hackethal trat José in die IG Metall über. Zunächst arbeitete er in der Aderspinnerei, danach in der Zentralwerkstatt als Rohrschlosser. In der Zeit wurde er auch als IG Metall-Vertrauensmann gewählt. José: »Da ich durch meine damalige Frau Gertraude schnell die deutsche Sprache erlernt hatte, wurde ich häufig zu Vermittlungsgesprächen mit spanischen Kollegen als Dolmetscher bei Problemen hinzugezogen. Nach Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 erhielten ausländische Arbeitnehmer nun auch das aktive Wahlrecht. So begann dann auch meine aktive Rolle als Mitglied des Betriebsrates bis zur Trennung Alcatel/Nexans im Jahr 2000.«

José integriert sich schnell in die deutsche Gesellschaft. Er sagt dazu: »Im Gegensatz zu vielen meiner Landsleute hatte ich sehr früh den Kontakt zur einheimischen Bevölkerung gesucht und gefunden. So habe ich nicht nur im Betrieb sondern auch in der Freizeit viele Kontakte zu Einheimischen gehabt. Auch meine zweite Frau ist Deutsche und durch beide Ehen hatte ich Kontakt zu vielen deutschen Familienangehörigen und zu Kolleginnen und Kollegen in der gewerkschaftlichen Arbeit.« Er baute mit Unterstützung von Kollegen mit viel Eigenleistung ein Haus. Spätestens dann war für ihn klar, dass er nie wieder nach Spanien zurückkehren wollte. Er sagt: »Dadurch hat sich bei mir auch der Begriff Heimat nicht in nationalen Grenzen, sondern durch meine unmittelbare Lebensumgebung definiert.«

Angesprochen auf das Thema »Ausländerfeindlichkeit« antwortet José:

»Ausländerfeindlichkeit gegen mich persönlich habe ich nie erfahren. Aber rassistische und ausländerfeindlichen Sprüche höre ich auch in meinem Freundes- und Bekanntenkreis insbesondere in den letzten Jahren häufiger. Da habe ich mich schon manchmal gefragt, ob das noch meine Bekannten bleiben sollen.« Ab März 2007 ging José in Rente und lebt heute in Bissendorf bei Hannover.

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende vom Wabco Werk 2, Harri Weigelt, erinnert sich: »Zur Anwerbung von jugoslawischen Arbeitern bin ich zusammen mit der Personalabteilung nach Jugoslawien geflogen und habe vor Ort die interessierten jugoslawischen Kollegen beraten, insbesondere Dreher, Fräser und Maschinenarbeiter. Ich hatte dann später ein sehr

gutes Verhältnis zu ihnen. Gleiches gilt für türkische Kolleginnen, die ebenfalls bei Wabco 2 arbeiteten. Die jugoslawischen Kollegen wohnten in einem eigenen Wohnheim: Wenn ich dort hinkam, gab es immer einen Slivovitz. Einmal haben wir sie gefoppt und ihnen einen harten Lockstedter Schnaps angeboten.«⁴⁹

Viele der ausländischen Beschäftigten leben heute in der dritten und vierten Generation in Deutschland. Was inzwischen eine Selbstverständlichkeit ist, war damals etwas Besonderes. Natürlich gab es auch Spannungen und Konflikte. Beide Seiten – Deutsche wie Ausländer – mussten sich aneinander gewöhnen und lernen, ihre jeweilige kulturelle Identität zu akzeptieren und zu tolerieren. Diese Integration fand vor allem in den Betrieben statt. Viele der ausländischen Kolleginnen und Kollegen kannten aus ihren Heimatländern Gewerkschaften und wurden hier sehr schnell Mitglied der IG Metall. Später wurde bei der IG Metall Hannover ein Arbeitskreis für ausländische Kolleginnen und Kollegen gegründet. Bei vielen Aktionen, Protesten und Warnstreiks waren sie mit Begeisterung dabei, häufig in der ersten Reihe. Viele besuchten bei der IG Metall Seminare und ließen sich als Interessenvertreter qualifizieren. Heute ist es nichts besonders, wenn der DGB-Kreis Vorsitzende Nico Lopopolo und der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von Volkswagen in Stöcken Stavros Christidis heißt.

Tarifpolitik

Die ersten Tarifverträge mit dem Verband der Metallindustriellen Niedersachsens konnte die IG Metall bereits in den Jahren 1948 und 1949 vereinbaren. In den Jahren 1950 bis 1966 wurden die Tarifverträge ständig verbessert: Löhne und Gehälter stiegen, die Arbeitszeit wurde verkürzt, und die Regelungen in Manteltarifverträgen ausgeweitet. Unzureichend blieben die Regelungen zur Entlohnung von Frauen. Wurden noch 1948 für die einzelnen Regionen in Niedersachsen 14 verschiedene regionale Tarifverträge abgeschlossen, konnte dies später schrittweise vereinheitlicht werden. Erst ab 1963 gab es einheitliche Regelungen für das gesamte Tarifgebiet der niedersächsischen Metallindustrie. Bemerkenswert ist, dass diese tariflichen Erfolge in Niedersachsen ohne Streiks und Warnstreiks durchgesetzt werden konnten. Die IG Metall in Hannover und Niedersachsen insgesamt profitierten von Tarifverträgen, die in anderen Regionen erstreikt und dann hier schrittweise übernommen wurden.

Entwicklung von Löhnen und Gehältern

Zwei Grafiken, die vom IG Metall Vorstand erstellt wurden, zeigen – ohne Berücksichtigung regionaler Besonderheiten – die Entwicklung der Löhne und Gehälter in der Metallindustrie von 1950 bis 1970.

Ausgangspunkt für die Tarifentwicklung war der Tarifvertrag für Hannover Stadt von 1949, der für Facharbeiter einen Stundenlohn von 108 Pfennig auswies. Er wurde schrittweise erhöht, ab 1.1.1966 betrug er 330 Pfennig oder 3,30 DM. Dazu kamen Zulagen im Zeitlohn

⁴⁹ Zeitzeugengespräch mit Harri Weigelt

bzw. der Mehrverdienst im Akkord. Eine entsprechende Entwicklung gab es bei den Gehältern der Angestellten.⁵⁰

Urabstimmung in Hannover⁵¹

Diese Entwicklung war keine Selbstverständlichkeit und musste gegen den harten Widerstand der Unternehmer erkämpft werden. Die IG Metall hatte beispielsweise 1952 den Lohntarifvertrag für Hannover-Stadt gekündigt. Die Forderung lautete sechs Pfennig Lohnerhöhung für Arbeiter, 5% Gehaltserhöhung für Angestellte und eine Anhebung der Frauenlöhne von 82% auf 85%. Die Unternehmer lehnten diese Forderungen ab. Unter dem Eindruck einer erfolgreichen Urabstimmung waren die Unternehmer schließlich bereit, neue Verhandlungen zu führen. Das Ergebnis sah vor: Eine effektive Lohnerhöhung von sechs Pfennig pro Stunde, Erhöhung der Akkordgrundlöhne um vier Pfennig, eine Gehaltserhöhung von effektiv 5% sowie eine überproportionale Anhebung der Frauen- und Hilfsarbeiterlöhne.

Entwicklung der Arbeitszeit

Nach dem Aktionsprogramm des DGB im Jahr 1955 entwickelte die IG Metall bundesweit zahlreiche Initiativen zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden. Dabei sollte der Samstag frei werden und an fünf Werktagen jeweils acht Stunden gearbeitet werden. Die Durchsetzung dieses Ziel gelang innerhalb von nur elf Jahren durch bundesweite Abkommen zwischen dem IG Metall Vorstand und Gesamtmetall. Die Tabelle auf der Seite XXX zeigt die einzelnen Stationen der Arbeitszeitverkürzung.⁵²

Tarifliche Arbeitszeit: von der 48 Woche zur 40 Stunden Woche					
Bis 1956	ab 1.10.1956	ab 1.1.1959	ab 1.1.1962	ab 1.1.1964	ab 1.1.1967
48 Std.	45 Std.	44 Std.	42,5 Std.	41,25 Std.	40 Std.

Diese Verkürzung der Arbeitszeit bedeuteten für die Beschäftigten in der Metallindustrie deutlich mehr Freizeit und erhöhte Lebensqualität. Insbesondere der freie Samstag führte zu einer ausgeprägten Kultur des freien Wochenendes. Der freie Samstag sollte insbesondere in den 1980er und 1990er Jahren von den Unternehmern immer wieder in Frage gestellt werden. Auch daran ist zu erkennen, wie groß der damals erreichte Fortschritt war. Aus heutiger Sicht ist bemerkenswert, dass diese Entwicklung ausschließlich auf dem Verhandlungsweg durchgesetzt werden konnte – ohne Warnstreiks oder Streiks. Bei der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit von 40 auf 35 Stunden pro Woche sollte dies ganz anders werden.

Mehr Urlaub und Urlaubsgeld

⁵⁰ Tarifarchiv, IG Metall Vorstand

⁵¹ IG Metall Hannover, Geschäftsbericht 1951/1952, S. 8; IG Metall Vorstand, Geschäftsbericht 1952/1953, S.66 sowie Tarifarchiv des IG Metall Vorstandes

⁵² Kay Ohl (2019): Wem gehört die Zeit? Arbeitszeit als Kampfterrain in der Metall- und Elektroindustrie; in: Hofmann, J./Benner, C. (Hrsg.) (2019): Geschichte der IG Metall, Frankfurt a.M.

Im Jahr 1964 erhöhte sich der Urlaubsanspruch: Bis zum 25 Lebensjahr lag er bei 18 Urlaubstagen, bis zum 30. Lebensjahr bei 21 Tagen und für die über 30-Jährigen bei 24 Urlaubstagen. Ab 1965 gab es erstmals ein zusätzliches Urlaubsgeld in Höhe von 30 % eines Monatsverdienstes.

Entlohnung der Frauen

Schon vor den Abschluss der ersten Tarifverträge Anfang der 1900er Jahre wurden Frauen beim Lohn finanziell diskriminiert. Bei gleicher Arbeit erhielten sie weniger Geld als die Männer und die Unternehmer konnten so einen Extraprofit für sich realisieren. Beim Abschluss der ersten Tarifverträge im Jahr 1948 gelang es der IG Metall nicht, den Grundsatz »Gleiches Geld für gleiche Arbeit« durchzusetzen. Im Tarifvertrag für Hannover aus dem Jahr 1948 war vereinbart, dass Frauen nur 80% der Männerlöhne erhielten. Die Tarifverträge enthielten Regelungen, die Frauen direkt diskriminierten. Diese Tatsache ist umso skandalöser, als in das Grundgesetz 1949 hineingeschrieben wurde, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind.

Auf dieser Grundlage gab es Mitte der 1950er Jahre mehrere Urteile des Bundesarbeitsgerichtes, die eine ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern untersagten. Die Unternehmer waren jedoch nicht bereit, Frauen mehr Lohn zu zahlen. Es wurden bundesweit, aber auch in Niedersachsen sogenannte »Leichtlohngruppen« vereinbart. Der Manteltarifvertrag für die niedersächsische Metallindustrie von 1958 enthielt im § 10 eine Bestimmung, dass für körperlich leichte Arbeiten in den Lohngruppen 1 bis 4 niedrigere Löhne bezahlt wurden.⁵³ Maßstab für die Lohnrelationen war immer die sogenannte Ecklohngruppe 5 für gelernte Facharbeiter. So wurden beispielsweise vereinbart, dass die Lohngruppe 1 für einfachste Arbeiten einen Lohn von 80% des Ecklohns galt, aber bei »körperlich leichten Arbeiten« lediglich 72% des Ecklohns. Ähnliche Lohnabschläge galten für die Lohngruppen 2 bis 4.

Da die sogenannten körperlich leichten Arbeiten fast ausschließlich von Frauen ausgeführt wurden, blieb es in der Praxis bei niedrigeren Löhnen für die Frauen. Die direkte Lohndiskriminierung wurde durch eine indirekte Diskriminierung ersetzt. Es gelang der IG Metall für viele Jahre nicht, diese skandalöse Praxis zu beenden. Erst ab den 1980er Jahren wurden systematisch Aktionen gegen die Leichtlohngruppen für Frauen durchgeführt. Die direkte und indirekte Diskriminierung der Frauen wurde erst durch den Entgelt-Rahmentarifvertrag im Jahr 2003 beendet.

⁵³ Tarifarchiv des IG Metall Vorstandes